

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Zu TOP 2 unter Zuladung der Ausschüsse für Europa- und Bundesangelegenheiten, Medien, Stadtentwicklung und Wohnen und Wirtschaft, Energie, Betriebe

Ausschuss für Umwelt, Verkehr, Klimaschutz

14. Sitzung
23. November 2017

Beginn: 10.35 Uhr
Schluss: 12.58 Uhr
Vorsitz: Oliver Friederici (CDU)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

- | | |
|--|--|
| a) Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/0423
Berliner Energie und Klimaschutzprogramm 2030,
Umsetzungszeitraum 2017 bis 2021 | 0066
UmVerk(f)
EuroBundMed
Haupt
StadtWohn
WiEnBe |
| b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Berliner Energie und Klimaschutzprogramm 2030,
Umsetzungszeitraum 2017 bis 2021
(auf Antrag der Fraktion der FDP) | 0103
UmVerk |

Hierzu: Anhörung

Vorsitzender Oliver Friederici: Ich weise darauf hin, dass unserem Ausschuss die Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse zu dieser Vorlage – zur Beschlussfassung –, Drucksache 18/0423, noch nicht vorliegen. Als federführender Ausschuss können wir in der heutigen Sitzung noch nicht über die Vorlage abstimmen, da die Stellungnahmefrist von sechs Monaten für die mitberatenden Ausschüsse noch nicht abgelaufen ist. Ich verweise auf § 32 Abs. 2 Satz 5 der GO des Abgeordnetenhauses. Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht ist. – [Daniel Buchholz (SPD): Ja!] – Ich höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Sofern die Vorlage – zur Beschlussfassung –, die ich eben benannt habe, bereits in der nächsten Sitzung am 7. Dezember 2017 abschließend beraten und die Anhörung hierzu ausgewertet werden soll, müsste über den Präsidenten die vorrangige Erstellung des Wortprotokolls beantragt werden. Hierüber müssen wir abstimmen. Wer ist dafür? – Die Koalition stimmt dem zu. Wer ist dagegen? – Keiner! Enthaltungen? – Die Oppositionsfraktionen! Damit ist das so beschlossen.

Wir kommen zunächst zur Erläuterung der Vorlage und danach zur Begründung des Besprechungspunktes durch die FDP. Ich würde zunächst dem Senat die Möglichkeit geben, die Vorlage – zur Beschlussfassung –, Drucksache 18/0423, vorzustellen.

Senatorin Regine Günther (SenUVK): Das BEK ist für uns die wichtigste Grundlage zur Erreichung der Klimaschutzziele des Landes Berlin. Mit der Beschlussfassung des BEK wird eine Strategie zur Umsetzung der Energiewende und Erreichung dieser Klimaschutzziele festgelegt. Es verfolgt einen integrierten Ansatz und adressiert neben dem Klimaschutz richtigerweise auch Klimaanpassungen. Im Bereich Klimaschutz enthält es mehr als 100 Maßnahmen in fünf Handlungsfeldern. Für den Bereich der Klimaanpassung enthält es Maßnahmen für menschliche Gesundheit, Bevölkerungsschutz, Gebäude- und Stadtentwicklung, Grün- und Freiflächen und anderes. Wir sehen, dass gerade Klimaanpassungen mit den extremen Wetterereignissen, die deutlich zugenommen haben, eine große Relevanz bekommen.

Bei der Erarbeitung war neben der Verwaltung auch eine Vielzahl von Verbänden, Kammern, Versorgern, Vertretern der Wissenschaft sowie Berlinerinnen und Berlinern eingebunden. Wir gehen davon aus, dass das BEK deshalb eine sehr große und breite Akzeptanz entfalten wird. Damit die Umsetzung der Maßnahmen aber endlich beginnen kann, bedarf es nun einer zügigen Beschlussfassung im Parlament. Ich freue mich daher sehr, dass die heutige Sitzung für die Anhörung der geladenen Experten genutzt wird, bevor wir in den nächsten Wochen die Beratungen in den anderen Fachausschüssen starten, und dass dieser Prozess losgeht. Ich hoffe sehr, dass er schnell beendet werden kann. – Ich danke Ihnen!

Vorsitzender Oliver Friederici: Vielen Dank, Frau Senatorin! – Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Henner Schmidt das Wort. – Bitte sehr!

Henner Schmidt (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Das BEK ist mit seinen Maßnahmen sehr weitreichend, betrifft unglaublich viele Menschen und Akteure in dieser Stadt und ist auch mit sehr viel Geld unterlegt, wie wir in den Haushaltsberatungen gesehen haben. Wir haben eine ganze Reihe offener Fragen und sind skeptisch gegenüber dem BEK, zum

einen in Bezug auf die Maßnahmen, inwieweit die zielgerichtet und effizient sind und ob das Maßnahmenprogramm insgesamt Lücken aufweist und in der Zusammenstellung der Maßnahmen systematisch ist. Wir haben eher den Eindruck, dass es teilweise unsystematisch und willkürlich zusammengestellt ist. Manche Maßnahmen erscheinen uns auch übertrieben – deshalb ist es gut, darüber zu diskutieren –, wie zum Beispiel Gebäudeabrisse in größerem Maßstab, wenn es um ineffiziente Gebäude geht. Wir haben die Befürchtung, dass durch das BEK erhebliche, unnötige Belastungen für Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen der Stadt eintreten könnten.

Dann gibt es den ganzen offenen Komplex, wie das eigentlich gesteuert und gemonitort werden soll, nicht nur der Aufbau eines großen IT-Systems, sondern aus unserer Sicht gibt es derzeit noch einen Mangel an Klarheit, wie dieses Maßnahmenprogramm vernünftig und konsistent gesteuert wird.

Für die Anhörung sehen wir den Gebäudebereich als Schwerpunkt, nicht nur, weil da ein großer Teil der Emissionen ist, sondern auch, weil dort der Ausgabenschwerpunkt ist. Deshalb haben wir aus diesem Bereich einen Experten vorgeschlagen. Das heißt nicht, dass die anderen Bereiche unwichtig wären; ich bin sehr zufrieden, wenn man die Zusammensetzung der Referenten sieht. Ich glaube, wir kriegen alle Bereiche damit gut abgedeckt.

Die Ziele der Anhörung sind für uns zum einen, die richtigen Schwerpunktsetzungen für klimapolitische Maßnahmen zu verstehen, ein Verständnis dafür zu bekommen, welche politischen Rahmenbedingungen und Rahmensetzungen wir als Abgeordnetenhaus setzen müssen, damit das vernünftig wird, die einzelnen Handlungsfelder und Akteure besser zu verstehen und insgesamt ein besseres Gefühl dafür zu bekommen, wie der BEK-Entwurf zu bewerten ist. Wie gesagt, derzeit stehen wir ihm noch kritisch gegenüber und wollen gern erfahren, was die Experten dazu sagen, wie zielführend das BEK als Ganzes ist. – Vielen Dank!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Abgeordneter! – Ich habe jetzt sechs geschäftsleitende Hinweise. Erstens: Die Anzuhörenden sind mit Einladungsschreiben gebeten worden, in der heutigen Sitzung eine ca. fünfminütige Stellungnahme abzugeben sowie den Ausschussmitgliedern anschließend für Fragen zur Verfügung zu stehen. – Zweitens: Frau Weis, Herr Krümmel und Herr Rehberg haben jeweils vorab eine Stellungnahme an uns übersandt. – Drittens: Herr Professor Dr. Hirschl hat eine Präsentation angekündigt. – Viertens: Einige Anzuhörende haben mitgeteilt, dass sie den Ausschuss bereits um 13 Uhr wegen Anschlussterminen verlassen müssen. Ich versuche, heute durchzusetzen, dass diese Sitzung spätestens um 13 Uhr zu Ende ist.

Ich komme jetzt zur Namensnennung der Anzuhörenden und in welcher Reihenfolge wir sie hören. Mein Vorschlag ist – Sie sitzen bereits so –, dass wir das in alphabetischer Reihenfolge der Nachnamen Becker, Hirschl, Krümmel, Rahn, Rehberg und Weis vornehmen. Zum Verfahren: Sie werden jetzt alle jeweils fünf Minuten zur Verfügung haben. Danach haben alle Abgeordneten die Möglichkeit, Ihnen Fragen zu stellen. Danach haben Sie wieder fünf Minuten Zeit, auf die Fragen der Abgeordneten zu antworten. Wenn wir das hinbekommen, haben wir eine Rederunde, wenn nicht, werden wir zwei Rederunden haben. – Ich gebe somit dem ersten Anzuhörenden, Herrn Jörg Becker, Leiter des Fachbereichs Verkehr und Technik des ADAC Berlin-Brandenburg, das Wort. – Bitte sehr!

Jörg Becker (ADAC): Einen schönen guten Morgen von meiner Seite! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich für die Einladung! Ich kann aus meiner fachlichen Sicht bei dem Thema vordergründig nur über das Teilgebiet Verkehr sprechen. Wichtig ist, dass es in der heutigen Besprechung um den Zeitraum von 2017 bis 2021 geht. Das sind die Dinge, über die wir nach meinem Verständnis unter Gesichtspunkt Sofortmaßnahmen und Vorbereitung mittelfristiger Maßnahmen sprechen müssen.

Die Ziele, die im Entwurf genannt sind, sind sehr ambitioniert, gerade was den Teil der Reduzierung des Schadstoffausstoßes – es geht insbesondere um CO₂ im Bereich Verkehr – betrifft. Deshalb möchte im Einzelnen keine Wertung abgeben, inwiefern mit den Maßnahmen diese Ziele in welchem Umfang erreichbar sind. Ich möchte aus Sicht des ADAC, als Vertreter von etwa 700 000 ADAC-Mitgliedern im Land Berlin – dahinter stehen in der Regel auch 700 000 Haushalte –, hier noch mal die Forderungen und Wünsche unserer Mitgliedschaft kundtun. Wir haben im Jahr 2016 dazu eine ergebnisoffene, seriöse Befragung durchgeführt. Dazu gab es auch genügend Berichterstattung in den Medien. Die ist auch online einzusehen. Danach – und das ist ganz wichtig – fordern 93 Prozent, hier in Berlin auch zukünftig Automobilität gesichert zu bekommen. Das ist ein Punkt, der in der Form mitberücksichtigt werden muss. Es gibt aber auch sehr deutliche Bekundungen, dass mehr für den Radverkehr getan werden muss.

Damit kriege ich schon eine Verbindung: Das Thema, das wir heute besprechen, ist in engem Zusammenhang mit all den vielen Abstimmungen und der intensiven Arbeit zu sehen, die gegenwärtig am Mobilitätsgesetz Berlin erfolgt. Dieses Mobilitätsgesetz Berlin ist im Grunde genommen schon ein Handlungsfeld, ein Gesetzesrahmen als Ziel und die Regelung einer Verbindlichkeit, die genau auf dieses Programm aufsetzt. Hier habe ich noch Hinweise zu geben, auch aus den Erfahrungen, die in dem engen Abstimmungsprozess, der bereits gelaufen ist, den ich an dieser Stelle mal loben muss – – Uns liegt sehr am Herzen – und ich bitte Sie alle, darauf zu achten –, dass Berlin nicht unter einer Käseglocke lebt, wie ich immer zu sagen pflege. Wir sind ein Ballungsraum, der sich immer mehr vernetzt, und das Umland von Berlin im Land Brandenburg, der engere Verflechtungsraum, spielt für die Mobilitätsentwicklung der Stadt eine erhebliche Rolle. Inzwischen ist es so, dass im Land Brandenburg, auch aufgrund der ganzen Entwicklung der Wohnungsproblematik – das muss ich Ihnen nicht erläutern – das Thema der zweiten Reihe eine große Rolle spielt. Wir müssen alles daran setzen, um die Klimaziele zu erreichen, dass wir im Land Berlin auch die Pendlerströme, die uns erheblich belasten und einen hohen Anteil der Mobilitätsbewegungen ausmachen, vermehrt auf die Verkehrsmittel des Umweltverbundes und aus dem Umland auf den ÖPNV setzen.

Hier müssen ganz schnell die Weichen gestellt werden für Investitionen in die Infrastrukturentwicklung, aber das Ganze muss auch einhergehen mit einer sachlichen, auf Zukunft gerichteten Entwicklung der Straßeninfrastruktur, gerade weil wir mit Blick auf den Wirtschaftsverkehr an der Straßeninfrastruktur eine weitreichende Aufteilung erfahren werden müssen. Es sollte auch unter dem Gesichtspunkt meiner Eindrücke aus der Entwicklung des Verkehrsklimas, des Miteinanders der einzelnen Verkehrsarten, wirklich darauf geachtet werden, dass alle Maßnahmen, die greifen, auch auf Akzeptanz stoßen, behutsam durchgeführt werden und insbesondere den demografischen Wandel in der Berliner Innenstadt berücksichtigen.

Wir haben eine zunehmend alternde Bevölkerung, die nicht in jedem Fall fahrrad- oder ÖPNV-affin ist, egal wie behindertengerecht wir diesen ausbauen. All diese Dinge sollten im Mobilitätsgesetz berücksichtigt werden. Nach wie vor ist es für mich noch schwer verständlich, dass es in diesem Mobilitätsgesetzentwurf, der schon in der Bearbeitung der Einwendungen ist, keinen Teil gibt, der das spezielle Thema Autoverkehr berücksichtigt, wenn auch das Thema Wirtschaftsverkehr – das muss ich hier lobend erwähnen – nach den letzten Abstimmungen einen höheren Stellenwert bekommt.

Vorsitzender Oliver Friederici: Herr Becker! Ich muss auf die fünf Minuten achten.

Jörg Becker (ADAC): Damit will ich schließen und Ihnen mitgeben: Nicht jeder Individualverkehr ist Luxusverkehr, sondern oftmals aus persönlichen und beruflichen Gegebenheiten weiterhin erforderlich, und das sollte bei allen Planungen weiter berücksichtigt werden. – Vielen Dank!

Vorsitzender Oliver Friederici: Vielen Dank, Herr Becker! Das waren fast genau fünf Minuten, wunderbar. – Jetzt kommen wir zu Herrn Professor Dr. Bernd Hirschl. – Bitte sehr! Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Bernd Hirschl (IÖW): Vielen Dank für die Einladung! Ich werde die Begrüßungsformeln angesichts der knappen Zeit auch ein bisschen knapp halten.



Für ein klimaneutrales Berlin
Entwurf für ein Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK)
Anhang B: ergänzende methodische Erläuterungen
Berlin, 1.12.2015

Berlin auf dem Weg zur Klimaneutralität?

Anhörung Umweltausschuss
Berliner Abgeordnetenhaus

23. Nov. 2017

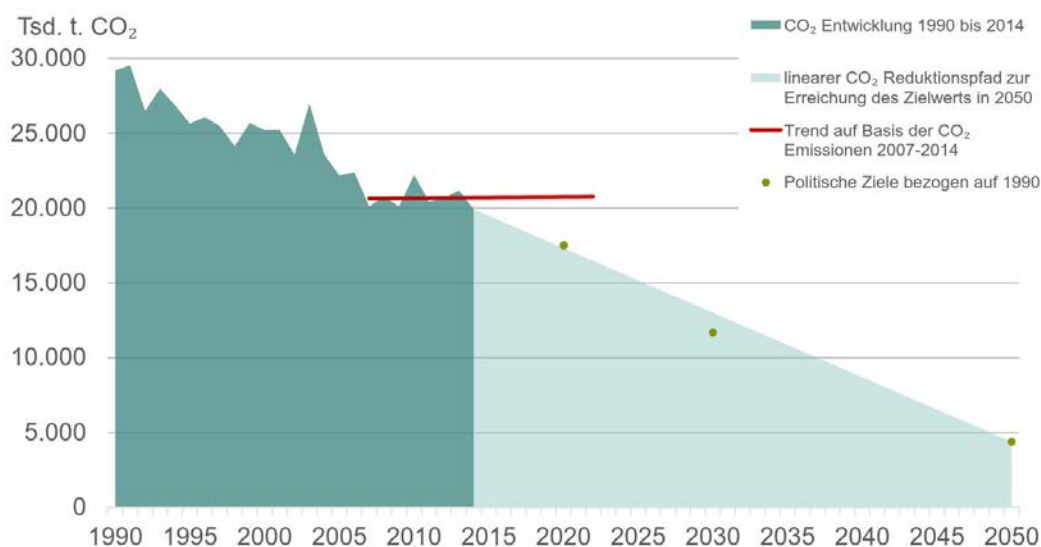
Prof. Dr. Bernd Hirschl
IÖW – Institut für ökologische
Wirtschaftsforschung, Berlin
und
BTU Cottbus-Senftenberg,
Sprecher des Berliner Klimaschutzrates

| i | ö | w

Ich bin hier, weil ich für den dort eingeblendeten Bericht verantwortlich zeichne. Ich hatte die Ehre und Freude, den energie- und klimapolitischen Prozess des Landes Berlin in den letzten

Jahren zu begleiten und dieses BEK zu diesem dargestellten Entwurf zu führen. Insofern zeichne ich verantwortlich für das, was wir in diesem beteiligungsorientierten Prozess entwickelt und empfohlen haben. Insofern schon ein kleiner Hinweis auf den Aspekt, dass das einig etwas unstrukturiert erscheint. Ich glaube nicht, dass es einen politischen Prozess gegeben hat, der in vergleichbarer Art und Weise so intensiv und strukturiert gemacht wurde. Das heißt, wir haben in allen Handlungsfeldern – das ist die Kernstruktur dieses Programms und auch des zugrundeliegenden Berichtes – Beteiligungsformate verschiedenster Art durchgeführt. Das heißt, zu allen Themen waren die Experten der Stadtgesellschaft geladen und haben mitdiskutiert. Insofern ist es angekommen und gelobt worden, dass wir solche Prozesse gemacht haben, und daraus hat sich eine Struktur und letzten Endes das Instrumentarium ergeben. Ich habe im Verlauf dieses Prozesses immer darauf hingewiesen, dass wir versucht haben, die Schwarmintelligenz der Stadt einzubeziehen, und ich glaube, das ist in einer Art und Weise gelungen, wie es bis dato für Berlin als herausragend bezeichnet werden kann. Es ist von einigen anderen Bundesländern versucht worden, diesen Prozess zu kopieren. – Das vielleicht als Vorrede! Wie gesagt, ich zeichne verantwortlich für diesen Bericht und nicht für den Senatsentwurf. Das heißt, mögliche Differenzen und Abweichungen davon, sind jeweils an die verantwortlichen Akteure zu stellen.

Wo steht Berlin? => Es besteht enormer Handlungsdruck!



Quelle: eigene Abbildung nach Daten Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

2

Prof. B. Hirschl, IÖW & BTU, Anhörung zum BEK, 23. Nov. 2017

i | ö | w

Ich habe nur wegen dieser einen Folie das Format der Präsentation gewählt, weil ich nicht müde werden möchte, Ihnen diese Abbildung zu zeigen. Das ist der CO₂-Verlauf. Viele von Ihnen werden diese Abbildung kennen. Sie zeigt ganz hervorragend, wo wir stehen und dass wir einen Handlungsdruck haben. Wenn wir weiter über Ziele diskutieren, weiter den Blick auf 2050 oder 2030 lenken und eine Feinjustierung vornehmen wollen, alles gut und schön, wenn uns das davon abhält, jetzt langsam loszulegen, dann ist es nicht mehr schön. Das statis-

tische Ende ist leider immer ein paar Jahre zurück. Das ist auch ein Problem in dieser Gemengelage, in der wir uns befinden, dass wir statistisch valide Daten, Stand heute, von 2014 haben. Ein Monitoring, das wir dringend brauchen, würde die Situation deutlich verbessern. Es ist ein Bestandteil, ein wichtiger Punkt dieses BEK, dass es ein Monitoring dazu geben wird. Die rote mahnende Trendkurve zeigt uns ganz eindeutig: Wenn wir nicht schleunigst anfangen, vom Reden zum Handeln zu kommen – – Ich möchte auf jeden Fall unterstreichen, was Frau Günther gesagt hat: Wir müssen so zeitnah wie möglich in die Umsetzung kommen. – Da sind Sie im Moment der wichtigste Akteur. Diese Grafik soll das verdeutlichen.

Statement



- **Paris verpflichtet! Energiewende kommt nicht von allein!**
- **von Zieldebatten und Absichtserklärungen ins Handeln und Umsetzen kommen**
- **BEK wurde mit großer Beteiligung und Zustimmung entwickelt**
 - gesellschaftlichen Rückenwind nutzen
- **BEK hat hohe Übereinstimmung mit Enquete-Beschlüssen**
 - fraktionsübergreifende Zustimmung
- **BEK enthält viele Maßnahmen für alle Sektoren, um Klimaschutz in der Breite anzustoßen**
 - primär „weiche“, wenig „harte“ Maßnahmen, insb. kaum hart für Dritte
- **BEK ist ein Querschnittsprogramm für den gesamten Senat – alle müssen mitmachen!**
 - Verwaltungslogiken und -Zeitläufe beachten!
- **BEK muss anpassungs- und damit zukunftsfähig sein**
- **Aufbruchstimmung in allen Energiewende-Bereichen erzeugen – breite Beteiligung - Nutzen sichtbar machen**
- **BEK muss dringend verabschiedet und umgesetzt werden!**

3

Prof. B. Hirschl, IÖW & BTU, Anhörung zum BEK, 23. Nov. 2017

| i | ö | w

Ich hatte zuerst überlegt, die Grafik einfach fünf Minuten lang stehenzulassen und gar nicht viel mehr dazu zu sagen, aber – Sie kennen das – ein Professor muss immer noch ein bisschen dazu erzählen. Es ist aber nur eine Folie, und wenn man etwas zum Klimaschutz sagt, muss man das Thema Paris anführen. Durch die Veranstaltung in Bonn wurde das eindeutig unterstrichen. Bei den Sondierungsverhandlungen haben wir gesehen, dass es durchaus eine breite Zustimmung zu Paris gibt. Wenn man sich dann aber anschaut, was in den einzelnen Instrumenten steckt, was vorgeschlagen und wie diskutiert wird, dann scheinen noch nicht alle die Implikation von Paris verstanden zu haben. Die Energiewende wird nicht von allein kommen, und wir brauchen entsprechende Instrumente, die das unterfüttern. Die brauchen wir nicht nur auf internationaler und nationaler Ebene, sondern natürlich auch auf der kommunalen und hier auf der Berliner Landesebene. Ich habe mantramäßig gesagt, dass wir ins Umsetzen und ins Handeln kommen.

Ich will noch auf ein paar Punkte hinweisen, die mir für das BEK und den Prozess ganz besonders wichtig erscheinen. Ich habe es schon erwähnt: Es wurde mit großer Beteiligung und

Zustimmung entwickelt. Das ist ein gesellschaftlicher Rückenwind für diesen Prozess, den Sie als politische Akteure nutzen sollten. Wir haben eine Bandbreite gehabt von allen zivilgesellschaftlichen Akteuren bis hin zur Wirtschaft. Insofern sollten gerade die wirtschaftsnahen Parteien, die sich als solche bezeichnen – eigentlich sind es alle, aber ein paar nehmen dieses Label noch ein bisschen intensiver wahr –, zur Kenntnis nehmen, dass viele Wirtschaftsakteure – IHK und eine ganze Reihe von Verbänden – hinter diesem Prozess standen, mitgewirkt haben, sich eingebracht haben und an der Formulierung der Maßnahmen beteiligt waren.

Das Gleiche hat auf politischer Ebene stattgefunden. Das bestärkt noch mal: Einen derart umfassenden, strukturierten Prozess werden Sie in vergleichbarer Form in Berlin und auch in anderen Bundesländern nicht so leicht finden. Wir haben parallel dazu eine eigene Enquete gehabt. Die Überschneidung mit dem, was im BEK steht – wenn Sie das lesen, werden Sie das sehen –, ist enorm groß. Das heißt, wir haben nicht nur die gesellschaftliche Unterstützung und den Rückenwind, sondern auch den partei- und fraktionsübergreifenden Rückenwind. – All das an diejenigen, die jetzt eine kritische Position einnehmen!

Vorsitzender Oliver Friederici: Herr Professor Hirschl! Auch Ihre fünf Minuten sind jetzt schon vorbei. Wenn Sie bitte zum Ende kommen würden – danke!

Prof. Dr. Bernd Hirschl (IÖW): Deswegen blättere ich den Rest schnell durch. Wenn Sie den Eindruck haben, dass ganz viele harte Maßnahmen drinstehen, dann stimmt das so nicht. Es ist überwiegend ein Set an weichen Maßnahmen, die Prozesse anstoßen sollen, womit eine Aufbruchsstimmung entstehen soll, womit Initialzündung passieren soll. Über das Monitoring werden wir sehen, wie diese Maßnahmen wirken. Es ist ein Querschnittsprogramm. Das heißt, hier müssen alle Ressorts mitmachen. Wir sitzen hier im Umweltausschuss, aber es ist klar, dass alle anderen Ressorts hier mitwirken müssen, sonst werden wir das nicht schaffen. Wir müssen das BEK anpassungsfähig ausgestalten. Das heißt, das, was da jetzt steht, ist natürlich nicht in Stein gemeißelt. Die Rahmenbedingungen ändern sich fortwährend. Seit wir das 2015 übergeben haben – in der Zwischenzeit ist ziemlich viel passiert. Das heißt aber nicht, dass man ständig – bevor man es verabschiedet – noch an Verbesserungen und Veränderungen herumschraubt. Das Wichtige ist – und das ist der letzte Punkt –, dass es verabschiedet wird, denn die Anpassungen werden ständig und fortlaufend nötig sein und nötig bleiben. Das zum Abschluss von meiner Seite! – Vielen Dank!

Vorsitzender Oliver Friederici: Vielen Dank, Herr Professor Hirschl! – Jetzt hat Herr Matthias Krümmel das Wort, Referent für Klima- und Energiepolitik des BUND, Landesverband Berlin e. V. – Bitte sehr! Sie haben das Wort.

Matthias Krümmel (BUND): Vielen Dank! – Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich fürchte, dass wir jetzt schon anfangen, uns im Kreise der Anzuhörenden zu wiederholen, weil wir drei Dinge haben, die besonders wichtig sind: Umsetzung, Umsetzung und Umsetzung dieses Programms. – Die Verantwortung liegt sehr eindeutig hier im Abgeordnetenhaus, dieses Maßnahmenpaket, das man in Einzelmaßnahmen auch kritisieren kann, aber als Gesamtprogramm betrachten muss, jetzt ins Leben zu heben. Wir betrachten das BEK als einen wichtigen Schritt für die Berliner Klimaschutzpolitik, aber nicht als den letzten und allumfassenden Schritt. Wir haben in Berlin viele Planwerke und Programme, die wir unter Klimaschutzaspekten fortlaufend und teilweise neu deklinieren müssen. Das Mobilitätsgesetz wurde hier schon angesprochen. Das ist auch ein Rahmen, in dem Klimaziele stattfinden müssen.

Die Grundkonstruktion innerhalb des Rahmengesetzes – Berliner Energiewendegesetz – mit dem Ziel der Emissionsminderung um 85 Prozent halten wir für nicht ambitioniert genug. Wir würden eine Emissionsminderung von 95 Prozent anstreben, um den Pariser Klimazielen gerecht zu werden. Das 1,5-Grad-Ziel lässt sich, auf Maßnahmen heruntergebrochen, mit dem vorliegenden Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm höchstwahrscheinlich nicht erreichen. Wir sehen, dass wir beim Stadtentwicklungsplan Verkehr, Wirtschaft, Wohnen, aber auch bei eventuell neu zu schaffenden Stadtentwicklungsplänen, wie zum Beispiel einem StEP Grün, der die Thematik der grünen, urbanen Infrastruktur im Klimawandel aufgreifen muss, noch Handlungsbedarf haben.

Wir sehen die Monitoringmaßnahmen als den nächsten, und zwar auch schnell zu implementierenden Schritt an. Zusätzlich dazu sehen wir, dass eine Monitoringmaßnahme, die nur Fachjargon spricht, der nicht adressiert werden kann, niemandem etwas nützt. Herr Professor Hirschl hat es schon gesagt: Die Stadtgesellschaft ist hier hauptsächlicher Adressat. Wir müssen also schnellstmöglich populärwissenschaftlich und barrierefrei Monitoringmaßnahmen auf den Weg bringen, die dann wieder weitere und fortlaufende Beteiligungsformate ermöglichen. Die Stadtgesellschaft will wissen, was diese Maßnahmen bringen: Wie viel haben sie eingespart? Was kosten sie? – etc. Das halten wir für einen ziemlich zentralen Punkt. Wir sehen viele Kommunikationsmaßnahmen, die gut aufgesetzt sind, insbesondere weil sie zielgruppenspezifisch kommunizieren und weil sie die Beteiligung ermöglicht haben. Wenn man sich zum Beispiel das Anpassungsprogramm an die Folgen des Klimawandels AFOK anschaut, gilt es so wie für alle anderen Maßnahmen eben auch: Ohne eine Sensibilisierung der Stadtbevölkerung und der betroffenen Zielgruppen werden sämtliche Umsetzungen wesentlich schwieriger.

Die Dekarbonisierung der Energieversorgung wurde bereits angesprochen. Wir sehen einen blinden Fleck bei der Müllthematik. Die Mitverbrennung von Abfall ist nicht klimaneutral. Das dringend verbessert werden.

Der BUND kritisiert vor allem die Unverbindlichkeit im Handlungsfeld Stadtentwicklung und Gebäude. Die dort vorgeschlagenen Maßnahmen müssten eigentlich ein intelligentes und zukunftsorientiertes Leitbild der Stadt transportieren. Wir werden noch weiter darauf drängen müssen, die gelungenen Ingenieursansätze, die wir in Berlin haben, die guten Best-Practice-Beispiele noch weiter nach vorn zu tragen. Insbesondere fordert der BUND eine Kommunikationsstrategie für die Aspekte der Mieterstadt in diesem Themenfeld. Hier haben wir viel stärker soziale Aspekte mit zu berücksichtigen.

Besonders eklatant ist der blinde Fleck Flugverkehr im Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm, der sich bislang auf methodische Abgrenzungsprobleme beruft. Wir sehen aber auch, dass die Reduktion der Klimabelastungen der zentrale Punkt bei einem Landesentwicklungsplan Flughafenstandortentwicklung sein muss. Wir müssen den Flugverkehr reduzieren. Das Erreichen der Berliner Klimasziele wird bei einem Fortschreiben des Luftverkehrszuwachses völlig unrealistisch. Insofern müssen Flugverkehrsmaßnahmen noch stärker formuliert werden.

Abschließend die sozialen Aspekte: Wir haben auch hier in Berlin ein großes Vermieter- und Mieterdilemma. Wir haben kein stringentes Programm gegen Energiearmut. Gut, wir haben

karitative Projekte, die auf ihrer Ebene wirken, aber wir haben zum Beispiel keine Beratungsprojekte, die die gesamte Stadtgesellschaft über alle Einkommens- und Kulturgrenzen hinweg zum Thema des angewandten Klimaschutzes beraten. Hier würden wir noch weitere Maßnahmen vorschlagen.

Zum Schluss: Die Umsetzung der angedachten Maßnahmen ist das Gebot der Stunde. Seien Sie schnell, bitte!

Vorsitzender Oliver Friederici: Vielen Dank, Herr Krümmel! Das waren genau fünf Minuten. Das haben Sie sehr gut in diesen fünf Minuten vorgetragen. – Ich komme nun zu Herrn Professor Axel Rahn, Mitglied der Baukammer Berlin. – Bitte sehr!

Prof. Axel Rahn (Baukammer Berlin): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine Damen und Herren! Ich möchte mich kurzfassen, denn 130 Seiten, 100 Programmpunkte in sechs Tagen und fünf Minuten ist eigentlich schon eine Sache, die man für sich infrage stellen sollte oder müsste. Die Baukammer Berlin als Körperschaft öffentlichen Rechts für die im Bauwesen tätigen Ingenieure war nicht beteiligt. Insofern möchte ich die Vorworte meines Vorredners ein wenig korrigieren.

In der Vorlage – zur Beschlussfassung – steht in erster Linie die öffentliche Hand als unmittelbarer Adressat der Strategien und Maßnahmen. Man wundert sich, dass man nach diesen einleitenden Worten auf einmal feststellt, dass sich dieses Programm auch in den Bereich der Privathaushalte und der Wirtschaft einmischen möchte. Das Land Berlin sollte sich hier nicht einmischen, sondern Vorbildcharakter haben und wirklich den Adressaten öffentliche Hand als unmittelbaren Adressaten für die Strategien und Maßnahmen haben. Es würde damit auch die Glaubwürdigkeit gegenüber dem Bürger stärken, der sich aufgrund der Entwicklung der letzten Jahre und Jahrzehnte – ich denke nur an das Thema Diesel – ein wenig verschaukelt fühlt durch die Aktionen, die von der Politik veranstaltet wurden und zu denen sich heute keiner mehr aus der Politik bekennen möchte. Aber ich möchte mich damit nicht lange aufhalten, sondern zu den Handlungsfeldern kommen, die für die Baukammer wichtig sind, die wir in diesen sechs Tagen kurz haben uns erschließen können.

Handlungsfeld Gebäude und Stadtentwicklung: Die vorgenommenen Beschreibungen sind vom Grundsatz her ganz schön, ließen sich als Vision entsprechend niederlegen. Nur um zeitabhängige Ziele zu erreichen, erscheinen sie wenig geeignet, da sie nicht die Realität unseres sehr individuellen menschlichen Lebens ausreichend würdigen. Da der Adressat aus unserer Sicht vorrangig die öffentliche Hand sein sollte, vermisst man hier insbesondere unmittelbare Maßnahmen. Wie viele Gebäude sollen mit wie viel Geld bis wann energetisch ertüchtigt werden? Man stellt sich an dieser Stelle auch die Frage, ob es überhaupt schon für die öffentlichen Gebäude ein Energiekataster gibt, anhand dessen man klimabereinigt ablesen kann, nicht wie die Energiebedarfswerte, sondern wie hoch auch die Energieverbrauchswerte der jeweiligen Gebäude sind und wie die Versorgung dieser erfolgt. Gibt es ein Kataster, anhand dessen die technische Gebäudeausrüstung der einzelnen öffentlichen Gebäude, deren Energieeinsparpotenzial, deren Erneuerungsbedürftigkeit bzw. -notwendigkeit erkennbar ist? Hier steckt Energieeinsparpotenzial ohne Ende, dem man sich zuwenden sollte.

Kommen wir zum Handlungsfeld Verkehr: Hochinteressant sind hierbei die Daten, die zusammengetragen wurden. Verzeihen Sie es mir: Absurd ist jedoch der Gedanke, dass mit der

Parkraumbewirtschaftung verkehrstechnische oder gar umwelttechnische Probleme gelöst werden können. Parkraumbewirtschaftung stellt aus Sicht der Baukammer Berlin ein Wirtschaftshemmnis dar, das nicht nur Bürger, sondern auch Handeltreibende, Dienstleister und Handwerker sowie Steuerzahler in ihrer steuerauslösenden Tätigkeit behindert. Verzeihen Sie! Der Bürger ist solch eine Bevormundung leid.

Unabhängig hiervon muss zur möglichen Verminderung, wenn man das möchte, des Individualverkehrs zuerst das Nahverkehrssystem attraktiver gemacht werden, bevor man den steuerzahlenden Bürger in seiner Mobilität behindert. Wenn man die Auswirkungen des Individualverkehrs ernsthaft mindern will, und das auch kurzfristig, sollte man sich ohne Verzug dem Thema Verkehrsleitplanung und damit in Verbindung stehend dem Thema – ich sage es so platt – grüne Welle widmen. Als Bürger frage ich mich, wenn ich morgens ins Büro fahre, wieso ich bei Hauptverkehrsstraßen an jeder Ampel bei Rot stehen muss, warum es nicht eine grüne Welle gibt. Jedes Stehen vor einer Ampel bewirkt CO₂-Emissionen, die absolut unnötig sind. Man stellt aber fest, wenn man außerhalb der Hauptverkehrszeiten fährt, dass man wunderbar mit Tempo 50 überall bei Grün durchkommt. Wieso?

Unabhängig hiervon vermisst man unter dem Handlungsfeld Verkehr klare Aussagen zur Motorisierung der Verkehrsflotte der öffentlichen Hand sowie zu sinnvollen und nötigen Feldversuchen hinsichtlich der Motorisierung bei dem landeseigenen Verkehrsbetrieb. Konzepte zur Prüfung der Wiedereinführung von Hochleistungsbussen, zur Prüfung der Diesellabgasneutralisierung entsprechend den Praxiserkenntnissen aus Osnabrück fehlen in Gänze.

Zum Schluss zum Handlungsleitfaden private Haushalte und Konsum, bevor ich noch vier Punkte benennen möchte, die aus Sicht der Kammer sinnvoll sind: Hier stellt sich die Frage, wie das Ziel der Senkung des Stromverbrauchs um 50 Prozent in 2050 erreicht werden soll, wenn das technisch mögliche, jedoch aus meiner Sicht ökologisch absurde Ziel erreicht werden soll, dass der Individualverkehr nur noch mit elektrisch betriebenen Fahrzeugen und nicht mit Verbrennungsmotoren erfolgt. Bei dem hier ausgerufenen Ziel wurde offensichtlich nicht berücksichtigt, dass Elektrofahrzeuge Strom benötigen, und wenn wir unseren gesamten Fahrzeugverkehr auf Elektroantriebe umstellen würden, müssen wir – legt man die Daten vom Bundesministerium zugrunde – die Kraftwerksleistung in der Bundesrepublik verdoppeln. Nicht berücksichtigt ist hierbei der besondere Strombedarf, der durch Schnellladestationen erfolgt.

Zusammenfassend lässt sich aussagen, dass in dem Programm zu viel Allgemeines, Unkonkretes und zu wenig Konkretes enthalten ist und das Programm – ich sage mal – unzulässig impliziert, die selbst gesetzten Grenzen zu überschreiten. Deshalb kann dieses Programm so unsere Zustimmung nicht finden.

Vorsitzender Oliver Friederici: Herr Professor Rahn! Ich muss auch Sie darauf hinweisen, dass Sie bereits in der sechsten Minute sind. Sie haben ja in der zweiten Runde noch mal die Möglichkeit, zu reden und auf Fragen zu antworten. – [Prof. Axel Rahn (Baukammer Berlin): Darf ich die vier Abschlusspunkte überschriftsmäßig erwähnen?] – Wenn es ganz kurz geht, sehr gerne!

Prof. Axel Rahn (Baukammer Berlin): Das Programm sollte sich aus Sicht der Kammer auf die energetische Ertüchtigung öffentlicher Bauten, Verbesserung der Verkehrslenkung, Maß-

nahmen zur Reduzierung der Emissionen im öffentlichen Nahverkehr und Verbesserung des Angebots des öffentlichen Nahverkehrs konzentrieren. – Ich danke schön!

Vorsitzender Oliver Friederici: Wir danken Ihnen, Herr Professor Rahn! – Wir kommen jetzt zu Siegfried Rehberg; Energie und Arbeit e. V. – Bitte sehr!

Siegfried Rehberg (Energie und Arbeit e. V.): Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich sitze hier in einer neuen alten Funktion als Mitglied des Vereins Energie und Arbeit, der 1983 zur Förderung von Energiespar- und Beschäftigungsprojekten gegründet wurde. Unter anderem hat er das Projekt Kombinierte Energiespar- und Beschäftigungsprojekte aus Berlin – KEBAB – mit der Qualifikation für junge Handwerker für Energiesparmaßnahmen im Jahr 1985/86 auf den Weg gebracht. Das Ganze existiert als KEBAB gGmbH mit dem Projekt QUAB – Qualifizierung und Beschäftigung –, das Jahr für Jahr in den Haushalten von Ihnen unterstützt wird. Dieser Verein hat bereits 1988 in Westberlin festgestellt, dass wahrscheinlich ca. 400 Millionen DM für Energiekosten öffentlicher Gebäude in Westberlin ausgegeben werden, und hat damals darauf gedrängt, dass Energiebeauftragte in den Berliner Bezirken eingerichtet werden sollen. Es liegt sogar ein entsprechender Beschluss des damaligen Abgeordnetenhauses vor.

Vor diesem Hintergrund haben wir als Vereinsmitglieder die Entstehung des BEK sehr intensiv begleitet und auch immer wieder darauf hingewiesen, dass praktikable, umsetzbare Maßnahmen im Vordergrund stehen müssen. Wir sind heute an einem Punkt – Professor Hirschl hat es schon gesagt –: Sie haben jetzt die Aufgabe, aus dem Set an Maßnahmen, die das BEK vorgelegt hat, nun die prioritären Maßnahmen herauszufiltern. Dabei soll Ihnen die vom Verein Energie und Arbeit schriftlich vorgelegte Stellungnahme helfen.

Wir müssen, und das knüpft an das an, was Professor Rahn eben gesagt hat, Maßnahmen priorisieren, die hinsichtlich der Umwelt- und Kostenwirkungen den größten Effekt bieten. Das ist das zentrale Thema. Das zweite zentrale Thema ist: Sie müssen dafür sorgen, dass endlich im öffentlichen Gebäudebestand des Landes Berlin die bereits beispielhaften Maßnahmen weitergeführt bzw. neue Maßnahmen umgesetzt werden. 2008 gab es mal ein Klimabündnis in Berlin. Damals ist festgestellt worden, dass es überhaupt kein Monitoring über den Energieverbrauch des Landes Berlin gibt. Die entsprechende Drucksachennummer ist in unserer schriftlichen Stellungnahme angegeben. Wenn ich die Frage von Professor Rahn und unsere eigenen Recherchen zusammenfasse, dann muss ich sagen: Es ist ein Armutszeugnis für das Land Berlin, dass es heute immer noch kein Kataster gibt. – Herr Buchholz, Sie nicken! – In der Enquete-Kommission haben wir die Hoffnung gehabt, dass es endlich mal eine Zusammenstellung der Energiekosten und der Energieverbräuche in den öffentlichen Liegenschaften des Landes Berlin gibt. Das liegt bis heute nicht vor. Dies ist die erste Maßnahme, die wir unbedingt brauchen. Sie steht im BEK, aber sie muss nun umgesetzt und auch mit den entsprechenden Haushaltsmitteln unterstützt werden. Erst wenn Berlin weiß, welche Aufwendungen, welche Energieverbräuche, welche CO₂-Emissionen in seinen Liegenschaften und in den Liegenschaften der Bezirke vorhanden sind, können die Maßnahmen umgesetzt werden.

Diese Maßnahmen müssen dem Motto folgen: Erst die Energieverschwendung beseitigen, dann Kohle, Heizöl und Erdgas durch Wind ersetzen. – Ich denke, das ist eine ganz zentrale Aufgabe, nicht in einem Wunsch-dir-was-Baukasten weiter zu diskutieren, sondern ganz konkret zu sagen: Welche Maßnahme bringt was? – Demzufolge muss auch das BEK neu justiert

werden, ausgerichtet werden auf die Maßnahmen mit dem größten Beitrag zur Verhinderung der Energieverschwendung und zur Erreichung der klimapolitischen Ziele. Dass dieser Baukasten, Professor Hirschl, den Sie entwickelt haben, sinnvoll ist, steht außer Frage, aber es geht jetzt darum, diese Maßnahmen zu priorisieren, und ich hätte mir auch gewünscht, dass in der langen Zeit von der Vorstellung des BEK 2015 über den ersten Entwurf 2016 und jetzt den zweiten Entwurf 2017 diese Priorisierung erfolgt wäre. Es ist noch nicht geschehen. Ich denke, hier ist ein ganz klarer Auftrag, den das Abgeordnetenhaus an die zuständigen Senatsverwaltungen richten muss.

Das geht auch an die Senatsverwaltung, die für das Schulbauentwicklungsprogramm zuständig ist. Ich halte es für fatal, dass in allen internetzugänglichen Informationen über das Schulsanierungsprogramm kein einziges Mal das Wort „Energie“ oder „Energiekosten“ auftaucht. Das geht einfach nicht, und das ist genau der Ansatz, den wir in Zukunft brauchen. Wir müssen dieses Thema Energieeinsparung, CO₂-Minderung bei allen Investitionsmaßnahmen des Landes umsetzen, und wir brauchen dafür ein entsprechendes Monitoring. Dieses Monitoring darf sich nicht nur auf den Gebäudebereich erstrecken, sondern muss sich natürlich auch auf die umweltfreundliche Beschaffung erstrecken. Mir ist nicht bekannt, dass dieses Programm der umweltfreundlichen Beschaffung des Landes Berlin ausgewertet wird, sondern ich denke, hier muss man in der Tat die entsprechenden Verwaltungen dazu bringen, auch Bilanz zu ziehen, was sie denn nun gemacht haben, was es bringt, um dann in der weiteren Fortführung festzustellen, welche Maßnahmen die richtigen sind, die dann umgesetzt werden können.

Vorsitzender Oliver Friederici: Herr Rehberg! Auch Sie muss ich darauf hinweisen, dass Sie die fünf Minuten schon erreicht haben.

Siegfried Rehberg (Energie und Arbeit e. V.): Noch fünf Sätze: Was brauchen wir in Berlin? – Wir brauchen als Erstes einen Steuerungskreis Energiewende, um den Prozess der Energiewende in Berlin tatsächlich steuern zu können. Da müssen auch die bisher schon sehr engagierten Vertreter der Berliner Wirtschaft, der Verbände und der Kammern mit einbezogen werden. Das ist die erste Maßnahme. Das Land Berlin ist nicht in der Lage, Prozesse zu steuern. Ich will auf ganz bestimmte Verkehrsanlagen gar nicht eingehen.

Das Zweite ist: Wir brauchen das Monitoring, ansetzend an den landeseigenen Liegenschaften. Wir brauchen eine umgehende Realisierung geringinvestiver Maßnahmen auf der Grundlage von Sanierungsfahrplänen, die schon begonnen werden sollen. Ich weiß nicht, wie der Stand der Sanierungsfahrpläne ist, es gibt da schon die ersten Abstimmungen mit dem Rat der Bürgermeister. Und wir müssen die in Berlin erfolgreichen Energiesparpartnerschaften, die dazu geführt haben, dass in allen Bezirken sehr viele Mittel eingespart wurden, dass Energie eingespart wurde, fortsetzen. Das Ganze muss dem Motto folgen: Mach es einfach oder mach es doch einfach! – Danke!

Vorsitzender Oliver Friederici: Vielen Dank, Herr Rehberg! – Jetzt ist Frau Laura Weis vom Bündnis Kohleausstieg Berlin dran. – Frau Weis! Seien Sie uns bitte nicht böse, aber Ihr Buchstabe ist leider hinten, deswegen kommen Sie als Letzte dran, aber ich werde mit Ihrer Redezeit sehr maßvoll umgehen. Sie haben das Wort. – Bitte sehr!

Laura Weis (Kohleausstieg Berlin): Das hoffe ich, vielen Dank! – Danke für die Einladung und die Möglichkeit, für das Bündnis Kohleausstieg Berlin heute Stellung zu nehmen! Entsprechend unserem Hauptziel als Bündnis werde ich vor allem auf die Teile des BEK eingehen, die mit dem Kohleausstieg in Verbindung stehen. Auch aus unserer Sicht ist es zunächst einmal erfreulich, wenn das BEK endlich verabschiedet wird. Das hat alles schon viel zu lange gedauert, wurde immer wieder aufgeschoben. Gleichzeitig sehen wir aber auch einen dringenden Verbesserungsbedarf bei ganzen vielen Punkten im BEK, um einerseits dem Anspruch der rot-rot-grünen Koalition, der im Koalitionsvertrag formuliert wurde, Vorreiter für Energiewende und Klimaschutz zu werden, und andererseits den Pariser Klimazielen, auch das wurde schon angesprochen, gerecht zu werden. Das kann man mit diesem BEK aus unserer Sicht noch nicht erreichen. Schöne Worte zu Paris reichen nicht, sondern das muss sich unserer Meinung nach auch in den Maßnahmen und Zielen niederschlagen. Deswegen sehen wir einen dringenden Bearbeitungsbedarf, sei es jetzt oder später, aber auf jeden Fall innerhalb dieser Legislaturperiode.

Verbesserungsbedarf sehen wir bei den Klimazielen, das wurde auch schon von meinen Vordnern angesprochen, einerseits bei dem CO₂-Minderungsziel bis 2050. Die 85 Prozent, die angestrebt werden, liegen am unteren Ende des Zielkorridors, den die Bundesregierung vorgegeben hat. Wir sehen mindestens ein Minderungsziel von 95 Prozent bis 2050 als wichtig an, um die Pariser Klimaziele zu erreichen.

Beim Kohleausstieg und bei den Klimazielen insgesamt, bei den CO₂-Einsparungen, gilt: Je früher und je mehr, desto besser. – Es besteht wirklich dringender Bedarf. Der Kohleausstieg wurde erfreulicherweise schon mit reingenommen, allerdings erst bis 2030. Da wünschen wir uns ein früheres Datum, bis spätestens 2025. Das soll jetzt in der Machbarkeitsstudie untersucht werden, und wir hoffen auf eine entsprechende Umsetzung bis 2025.

Ein weiterer Punkt, der aus unserer Sicht schon fast eine Bankrotterklärung an die Pariser Klimaziele ist, sind die Ziele beim Ausbau der Erneuerbaren. In dem vorliegenden Entwurf vom Senat steht, dass 2050 bei der Erzeugung von Strom und Fernwärme in Berlin immer noch über 50 Prozent aus fossilen Energieträgern stammen sollen. Das ist aus unserer Sicht absolut nicht nachvollziehbar und auch nicht ausreichend. Die Zielmarke bei der Erzeugung von Strom und Fernwärme in Berlin müsste 2050 aus unserer Sicht 100 Prozent Erneuerbare sein, eigentlich schon viel früher. Andere Städte machen vor, dass das geht. Frankfurt am Main beispielsweise hat dieses Ziel für sich vereinbart, auch im Ausland, Stockholm will es sogar schon vorher erreichen. Da würden wir uns auch eine Anpassung wünschen und sehen das als einen sehr wichtigen Punkt an.

Ein weiterer Punkt, der aus unserer Sicht neben dem Kohleausstieg zentral ist, ist der Gebäudereich. Das wurde schon mehrfach angesprochen. Aus der Studie, die Herr Hirschl vorgestellt hat, geht hervor, dass das die größte CO₂-Quelle ist. Einerseits sind die energetischen Sanierungen zentral, andererseits der Kohleausstieg. In der Machbarkeitsstudie und auch im Enquete-Bericht wurde darauf hingewiesen, dass das ein ganz entscheidender Schritt ist. Bei den energetischen Sanierungen ist aus unserer Sicht vor allem die Sozialverträglichkeit sehr wichtig, das wird immer angesprochen, aber ein richtiges Konzept können wir noch nicht erkennen. Es ist aus unserer Sicht ein dringender Punkt, dass es jetzt sofort angeschoben, angegangen wird, zu untersuchen, wie die energetischen Sanierungen in der Fläche sozialverträglich umgesetzt werden können, weil das aus unserer Sicht ein Punkt ist, an dem das ganze Projekt sonst unter Umständen zu scheitern droht.

Noch einige Kritikpunkte oder Fragezeichen, die wir im Bereich der Maßnahmen bei der Energieversorgung haben. Es sind einige gute Punkte im Entwurf enthalten, dass verschiedene Potenziale von Abwärme, Solarthermie, Wärmespeichern etc. untersucht werden. Gleichzeitig sehen wir einige Punkte ein bisschen kritischer. Beispielsweise soll Power-to-Heat stark ausgebaut werden. Das wird von Vattenfall schon angegangen. Es ist dann immer die Rede davon, dass das mit Überschussstrom aus Erneuerbaren betrieben werden soll. Aus unserer Sicht ist die Frage – bisher kommt der Überschussstrom im bundesdeutschen Mix eher aus Braunkohle oder Kohle insgesamt und nicht aus Erneuerbaren –, wie das realisiert wird, ohne dass die Power-to-Heat-Nutzung in Berlin dazu führt, dass Braunkohlekraftwerke in der Lausitz länger laufen. Das muss aus unserer Sicht ausgeschlossen werden, und da ist der bundesweite Kohleausstieg ein zentraler Punkt. Wir haben die Frage, ob zum Beispiel Wärmepumpen nicht eine bessere Lösung sein können als Power-to-Heat, um den erneuerbaren Strom möglichst effizient zu nutzen. Das Gleiche gilt für Power-to-Gas, das laut dem vorliegenden Entwurf auch ausgebaut werden soll. Das ist aber bisher nicht marktreif, und außerdem hat es einen sehr schlechten Wirkungsgrad. Wir sehen das eher nicht als eine Option für Wärme und Strom in Berlin.

Auch bei der Biomasse, wo im jetzigen Entwurf steht, dass das ausgebaut werden soll, sehen wir es ein bisschen skeptisch, und zwar, weil bei der Biomasse – wir gehen davon aus, dass

das auch der Anspruch ist –, wenn nur nachhaltige und regionale Biomasse verwendet werden soll, das Potenzial natürlich begrenzt ist und langfristig die Biomasse, die dann zur Verfügung steht, in so einer bundesweiten Betrachtung eventuell auch für andere Bereiche genutzt werden sollte oder müsste als für das Fernwärmenetz in Berlin. – Das wären die zentralen Punkte. Ich glaube, die fünf Minuten sind auch um. Für Rückfragen stehe ich gern bereit.

Vorsitzender Oliver Friederici: Vielen Dank, Frau Weis! – Gleich der Hinweis an die Anzuhörenden: Ich würde jetzt den Abgeordneten die Möglichkeit geben, ihre Beiträge abzugeben und Fragen an Sie zu stellen. Ich werde dann Ihnen allen noch mal das Wort geben, so Sie Fragen gestellt bekommen haben, wovon ich aber ausgehe, und dann würde ich rückwärts vorgehen. Frau Weis wäre dann die Erste – nur dass Sie sich schon mal darauf einstellen können –, und Herr Becker wäre dann der Letzte in der Fragerunde. – Wir haben schon eine lange Redeliste, die ich kurz verlesen darf: Herr Buchholz von der SPD, Herr Dr. Hausmann von der CDU, Herr Schmidt von der FDP, Herr Dr. Efler von der Linken, Herr Kössler und Herr Otto von den Grünen – Herr Stroedter, Herr Laatsch, Frau Gennburg und Herr Gelbhaar. Dann haben wir das strukturiert. – Herr Buchholz, SPD, hat das erste Wort. – Bitte sehr!

Daniel Buchholz (SPD): Vielen Dank! – Vielen Dank an die Anzuhörenden! Das bringt uns schon mal ein Stück weiter. Ich mache es relativ kurz. Ich glaube, fast alle im Parlament – die AfD kann sich ja mal positionieren – sind sich im Klaren darüber, dass es eine Klimakatastrophe gibt, und sie ist größtenteils menschengemacht. Wir erkennen das an. Wir müssen unseren Beitrag leisten, dass wir die Situation nicht noch verschlimmern. Paris und jetzt auch Bonn haben wieder gezeigt, dass es möglich ist, etwas zu tun. Ich darf darauf hinweisen, dass diese Koalition – Rot-Rot-Grün – nicht bloß darüber redet, sondern für das nächste Haushaltsjahr 22 Millionen Euro für die Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzkonzeptes vorgesehen hat – und das über vier Jahre, jeweils 22 Millionen Euro. Das haben wir schon hier im Fachausschuss und in anderen Ausschüssen so beschlossen. Dazu kommen noch ergänzende Investitionsmittel aus dem SIWANA-Topf, also dem überjährigen Topf der Haushaltsüberschüsse. Also da kann wirklich etwas bewegt werden.

Ich freue mich sehr, dass ich auch von Herrn Becker vom ADAC nach vorn gerichtete Beiträge zum Thema Verkehr und Mobilität hören konnte und hätte gerade an den ADAC die Frage, ob es einen konkreten Punkt gibt, den Sie gern aus Ihrer Sicht, aus Sicht des ADAC, noch in das BEK aufgenommen hätten?

Bei Herrn Hirschl und Herrn Rehberg waren mehrere Punkte. Herr Hirschl hat maßgeblich die Studie davor erwähnt, die Enquete-Kommission – Sie und andere waren daran beteiligt –, wo wir hier im Parlament im großen Konsens Umsetzungsprobleme und einen Maßnahmenkatalog festgelegt haben. Daran müssen wir natürlich arbeiten. An Herrn Hirschl hätte ich die Frage, ob es ein, zwei große Punkte gibt, die Ihnen in der Version, die der Senat vorgelegt hat, fehlen. Die unterscheidet sich von dem, was die Wissenschaftler 2015 als ersten Entwurf vorgesehen haben. Vielleicht können Sie das noch kurz darstellen.

Das Gleiche geht an Herrn Rehberg, der im Stakkato vier, fünf Punkte genannt hat. Mit dem einen Punkt, Contracting – das sind externe Finanziers für Energieinvestitionen in öffentlichen Institutionen –, aber auch dem Intracting, sprich, die Berliner Stadtwerke, die wir jetzt als stark aufgestellte Stadtwerke mit 100 Millionen Euro Eigenkapital haben – die können jetzt genau diese Rolle übernehmen. Wie können Sie sich das konkret vorstellen?

Von BUND wurde unter anderem der Flugverkehr angesprochen. Das ist ursprünglich anders vorgesehen gewesen, 2015 auch von den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, dass man den eigentlich kritischer würdigen muss. Egal, welche Konsequenzen man zieht, man muss sich ehrlich machen. Es ist eben etwas anderes, ob man CO₂ am Boden ausstößt oder oben in hoher Luft. Da gibt es Korrekturfaktoren. Vielleicht können Sie kurz darauf eingehen. Es gibt einen Wert irgendwo zwischen drei und sechs. Gibt es einen Wert, wo Sie als BUND sagen, den sollte man berücksichtigen, um sich zumindest insoweit ehrlich zu machen? Welche direkten Klimaauswirkungen hat eigentlich Flugverkehr? – Die Konsequenzen und das, was man daraus folgert, ist jedem selbst überlassen, aber wir sollten uns in der darstellenden Art, wie das BEK im ersten Teil aufgestellt ist, ehrlich machen: Was verursacht ein Urlaubsflug nach Malle hin und zurück wirklich, und was verursacht ein Fernflug sonst wohin, wenn man auch wieder zurückkommen möchte? – Viele vergessen das, wenn man sich so sein jährliches Umweltkonto anschaut.

Aus Parlamentssicht ist es notwendig – wir haben dazu intern als Koalitionsfraktionen schon viele Diskussionen geführt –, dass wir neben dem Monitoring, das der Senat vorgesehen hat, das natürlich mit der ganzen Umsetzung der Maßnahmen mitlaufen soll, mindestens einmal im Jahr einen echten Statusbericht brauchen: Wie weit sind die Maßnahmen umgesetzt? Wo sind wir eigentlich? Wo ist der Senat mit den Verwaltungen im Zeit- und Kostenplan? Was ist noch möglich? Was ist nicht möglich? Welche personellen Untersetzungen sind dafür möglich?

Dann natürlich der Überblick über die öffentlichen Liegenschaften. Dafür bin ich Herrn Rehberg sehr dankbar. Wir haben uns hier im Parlament schon des Öfteren in verschiedensten Anhörungen getroffen, wenn man das schon ein paar Jahre macht. Ich habe mich vorhin erinnert: Es ist jetzt 15 Jahre her. In meiner ersten zehnminütigen Parlamentsrede ging es um das Thema Contracting und öffentliche Liegenschaften – dass wir die intensiver angehen müssen. Wir sind noch nicht die ganz großen Schritte vorangekommen, das muss ich leider feststellen. Da bin ich bei Ihnen. Da können und müssen wir besser werden. Da ist das viele Geld, das erstmals durch diese Koalition im Haushalt vorgesehen ist, ein großer Schritt, den wir machen können.

Was den Kohleausstieg angeht, Frau Weis: Da sind wir, Sie erkennen das an, wirklich auf einem guten Weg, ich glaube, beispielgebend auch, dass wir jetzt eine Machbarkeitsstudie für das Land Berlin erstellen, wo wir sagen: Spätestens 2030 müssen wir aus der Kohle raus sein. Das ist ein wichtiger Impuls.

Abschließend an die Anzuhörenden von mir die Generalfrage: Zwischen 85 und 95 Prozent liegen auch große Kostenunterschiede. Wie bewerten Sie das? Man muss sich irgendwann ehrlich machen. Wie viele Mittel bräuchte man darüber hinaus bei der öffentlichen Hand, auch bei Privaten, und wie verträgt sich das mit einer Sozialverträglichkeit, zum Beispiel mit dem Stichwort Warmmietenneutralität? Vielleicht können Sie darauf noch kurz eingehen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Abgeordneter! – Herr Dr. Hausmann von der CDU, bitte!

Dr. Hans-Christian Hausmann (CDU): Danke, Herr Vorsitzender! – Herr Buchholz! Ich glaube, über die Zielsetzung Klimaschutz sind wir uns alle einig, es geht einfach nur um die Umsetzung, und da gibt es verschiedene Ansätze. Auch wir als CDU-Fraktion finden das BEK in vielerlei Hinsicht zu unkonkret.

Herr Becker! Im Land Berlin, so sagten Sie, haben sich die Pendlerströme vermehrt. Aus dieser Bestandsaufnahme schlussfolgern Sie, dass dringend in den ÖPNV und in die Straßeninfrastruktur investiert werden muss. Meine Frage geht dahin: Welche Schwerpunkte sehen Sie an der Stelle bei den Investitionen, und welche Dringlichkeiten sehen Sie?

Dann würde ich gern Herrn Professor Rahn die Frage stellen: Ich sehe wie Sie, dass der öffentlichen Hand durchaus eine Vorbildfunktion zukommt. Können Sie mir sagen, inwieweit bei Gebäuden der öffentlichen Hand aus Ihrer fachmännischen Sicht Einsparpotenziale bestehen? Sie hatten es kurz erwähnt. Vielleicht könnten Sie da ein wenig konkreter werden. – Danke sehr!

Vorsitzender Oliver Friederici: Vielen Dank, Herr Abgeordneter! – Herr Schmidt von der FDP, bitte!

Henner Schmidt (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich möchte gar nicht kommentieren, sondern die Zeit nutzen, um möglichst viele Fragen an die Anzuhörenden zu stellen. – Herr Becker! Im BEK sind zwei Ansätze zum Verkehr, nämlich beim Autoverkehr weniger Verkehr und zum anderen emissionsfreien Verkehr zu haben. Wie schätzen Sie die Potenziale gegeneinander ein, also Autoverkehr zu reduzieren oder emissionsreduzierten Verkehr zu machen? Wo ist aus Ihrer Sicht der größere Hebel?

Herr Professor Hirsch! Was nehmen Sie aus dem Prozess, den Sie geschildert haben, wie das BEK zustande gekommen ist, an Lehren mit, die man jetzt auf das Monitoring und die Steuerung anwenden könnte? Da sind viele Dinge, wo man wahrscheinlich gelernt hat, wie die Akteure zusammenspielen. Was würden Sie vorschlagen?

Aufgrund einer Bemerkung von Frau Weis: Wie sehen Sie die Rolle von Erdgas bei dem ganzen Übergang, das auf der einen Seite einen großen Vorteil gegenüber Kohle bietet, aber natürlich fossil ist.

Herr Krümmel! Es hat bisher keiner über Klimaanpassungsmaßnahmen geredet, die auch im BEK stehen. Können Sie etwas dazu sagen, wie wichtig die aus Ihrer Sicht sind und ob da im BEK etwas fehlt? Zu der von Ihnen angesprochenen Koordination der ganzen Planwerke: Was stellen Sie sich vor, wie man das funktionsfähig machen könnte, diese verschiedenen Planwerke und Verwaltungen zusammenzubringen, dass es in der Kooperation wirklich funktionieren kann?

Herr Rahn! Auch wenn die Datengrundlage zum Gebäudebestand schlecht ist, was wir gehört haben, wie bewerten Sie ungefähr den energetischen Zustand des Berliner Gebäudebestandes, und welche Potenziale sehen Sie da? Wie sehen Sie vor allem die Forderung des BEK nach deutlichen Mengen an Gebäudeabrissen? Da steht, man kann das teilweise nur durch Abrisse erreichen, vernünftige energetische Zustände herzustellen.

Herr Rehberg! Ich würde Sie bitten, die beiden Punkte, die Sie genannt haben, noch zu vertiefen, zum einen die Vorstellung, wie man am besten Maßnahmen nach Dringlichkeit und Effizienz priorisiert, weil das eine handlungsfeldübergreifende Geschichte ist, das stelle ich mir sehr schwer vor, und wie die von Ihnen vorgeschlagene Steuerungsstruktur, der Steuerungskreis zur Umsetzung des BEK genauer aussehen würde, damit er wirklich funktionsfähig ist.

Frau Weis! Sie hatten uns vorher auch Ihr Papier zugeschickt. Ich würde Sie gerne fragen, was Sie an Ansätzen haben – etwas konkreter zu dieser Forderung Technologieoffenheit, Sozialverträglichkeit –, um das erreichen zu können.

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Abgeordneter! – Herr Dr. Efler von der Linken!

Dr. Michael Efler (LINKE): Ganz herzlichen Dank an alle Anzuhörenden, auch für die schriftlichen Stellungnahmen, die ich mit Interesse gelesen habe! – Es gibt bemerkenswerte Parallelen sowohl hier im Parlament als auch bei den Anzuhörenden. Es ist mehrfach auf eine zügige Beschlussfassung hingewiesen worden. Das Wort Umsetzung haben wir, glaube ich, zehn-, zwölf-, fünfzehnmal gehört, und das unterstützen wir natürlich alle, jedenfalls weitgehend. Aber auch das Thema Konkretisierung und Priorisierung der Maßnahmen, Monitoring – das finden wir alles durchaus sinnvoll.

Ich würde ganz konkret bei einigen Punkten nachhaken wollen. Für uns ist das Thema Sozialverträglichkeit der energetischen Sanierung, Stichwort Warmmietenneutralität, ganz wichtig. Danach hat mein Kollege Buchholz schon gefragt, aber diese Frage würde ich dick unterstreichen, damit wir dazu qualifizierte Aussagen bekommen.

An Herrn Rehberg habe ich die Bitte – Sie setzen einen starken Schwerpunkt auf das Thema Sanierung öffentlicher Liegenschaften –, noch die Finanzierungsoptionen, Refinanzierung, Amortisierung darzustellen. In welchen Zeiträumen können sich Investitionen des Landes rechnen?

An Herrn Hirschl die kurze Bitte, uns aus wissenschaftlicher Sicht die Potenziale erneuerbarer Energien in Berlin zu sagen! Sie haben dazu viel geforscht, und es liegen auch Studien auf dem Tisch. Wie viel können wir realistischerweise in Berlin tatsächlich ausschöpfen?

Herr Krümmel! Ich würde Sie bitten, noch etwas zum Thema Energiearmut zu sagen und welche Maßnahmen im Bereich der Energiearmut Ihnen vorschweben, die man machen kann.

Frau Weis! Sie haben einiges zu Power-to-Heat und Power-to-Gas gesagt und Power-to-Gas sehr kritisch gesehen. Ich würde um eine Konkretisierung bitten, warum Sie meinen, dass das für Berlin keine Option ist, wenn ich das richtig verstanden habe. – Vielen Dank!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Dr. Efler! – Herr Kössler von den Grünen, bitte!

Georg Kössler (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an alle Experten und die Expertin, dass Sie uns hier erleuchtet haben und für die guten Beiträge, und insbesondere an die, die den Zeitverzug angemahnt haben, eine Entschuldigung als Regierungskoaliti-

on, dass es so lange dauert! Sie sehen selbst, wie komplex die ganze Sache ist und wie viele Akteure einbezogen werden. Manchmal fallen immer noch welche durch das Raster, das haben wir auch gehört. Das kann die Sache höchstens erklären, aber nicht entschuldigen, aber wir sind dran.

Sie haben das 1,5-Grad-Ziel angesprochen. Aber natürlich, das hat Herr Hirschl erklärt, beruht das BEK auf politischen Vorgaben, die nun mal so sind, wie sie sind. Wir werden uns selbstverständlich als Regierungskoalition auch die generellen Ziele des Landes Berlin, gerade nach den Pariser Klimabeschlüssen, noch mal angucken müssen.

Die Grafik von Herrn Professor Hirschl hat eindrucksvoll gezeigt, dass es nicht nur darum geht, irgendwas zu machen, sondern möglichst schnell die Emissionen zu reduzieren. Von Herrn Rehberg wurde auf den Gebäudebestand hingewiesen, dass man darauf eine Priorität legt. Ich hatte Frau Weis so verstanden – schon vom Namen her, Kohleausstieg Berlin – und so verstehe ich das auch, dass eine Abschaltung der Kohlekraftwerke möglichst schnell eine CO₂-Reduktion bringt. Bei der Priorisierung: Wir versuchen, alles gleichzeitig anzugehen, weil alles wichtig ist. Vielleicht können Sie alle noch mal sagen, wenn Sie so eine klare Aussage treffen wollen wie Herr Rehberg, worauf man die Priorität legt.

Das BEK setzt nun einen Schwerpunkt auf weiche Maßnahmen – davon kann man halten, was man will; das ist jetzt so – und verzichtet weitgehend auf Ordnungspolitik. Da wäre die Frage an Herrn Rehberg: Braucht man nicht gerade bei Energieeffizienzfragen auch ein bisschen mehr Ordnungspolitik? Denn wenn man die nicht hat, kann man nur mit Bitten und Fördergeldern was machen, und dann wird es teurer. Wären Sie nicht auch ein Fürsprecher für mehr Ordnungspolitik, und wenn ja, welche?

Darüber hinaus wurde oft das Monitoring angesprochen. Dazu hätte ich die Nachfrage an Kohleausstieg Berlin, den BUND, aber auch an Herrn Rehberg, wie man das im Vergleich zu dem, was im BEK steht, besser machen kann und was Sie glauben – dazu würde ich auch Herrn Hirschl gerne hören, weil er ein Kenner der Berliner Szene ist –, was von der Verwaltung leistbar ist. Ich habe ein bisschen Angst, dass wir uns selbst lähmen, wenn wir zu viele Runden mit dem Monitoring drehen. Ich bin mir noch nicht so sicher, wie man das am besten hinkriegt.

Herr Buchholz hat schon an den ADAC die Frage gerichtet, was neben dem Verkehrssektor – Soll der Verkehrssektor allein die Klimaziele, der Autoverkehr im Verkehrssektor, bringen oder andere auch? Da würde ich mich dem BUND anschließen, der gesagt hat, so wie ich es verstanden habe, vor allem den Flugverkehr reduzieren – ich würde sagen, eindämmen. Das schont das Klima. Gibt es noch andere Maßnahmen, um der Emissionen im Flugverkehr Herr zu werden?

Als letzte Frage an alle, insbesondere aber an Herrn Hirschl und Umweltverbände: Wir haben das 2020-Ziel auch in Berlin. Auf Bundesebene war es eines der wenigen Sachen, wo man Einigkeit in den Sondierungen hatte. In Berlin wackelt das 2020-Ziel, ebenfalls 40 Prozent, auch. Was glauben Sie, können wir mit dem BEK das 2020-Ziel noch schaffen, und wenn nein, was sind die Stellschrauben, die wir als Parlament noch nachschrauben müssten?

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Abgeordneter! – Herr Otto von den Grünen, bitte!

Andreas Otto (GRÜNE): Danke schön, Herr Vorsitzender! – Ich habe Fragen an Professor Rahn und an Herrn Rehberg. Professor Rahn! Sie sind als Vertreter der Baukammer hier. Ich hatte gehofft und würde Ihnen jetzt noch mal die Gelegenheit geben wollen, dass Sie uns mal sagen, was eigentlich Ihr Berufsstand – Sie sind eine Berufsstandsorganisation – dazu beitragen möchte und kann, dass wir diese großen Vorhaben, die in so einem Programm erst mal prosaisch niedergeschrieben sind, auch schaffen. Ich weiß nicht, ob Ihnen der Stadtentwicklungsplan Klima KONKRET bekannt ist. Da stehen viele Sachen drin, wie man im Klimawandel bauen soll, wie Dächer aussehen sollen, wie Fassaden aussehen sollen, wie man die Rückstrahlung von Oberflächen erhöht, Stichwort Albedo, wie man Feuchtlandschaften baut, damit mehr gekühlt wird, wie man Gebäude anordnen soll. Ich weiß nicht, ob Ihnen dieses Heft bekannt ist. Sind das alles Punkte, mit denen sich die Mitglieder der Baukammer beschäftigen, die die auch wollen und die die auch können? Oder wie müssten wir auf die Berliner Ingenieurschaft einwirken mit Angeboten der Qualifizierung, mit irgendwelchen Programmen, damit sie das auch als ihre Aufgabe annehmen? – Das wäre eine Frage an Sie.

Die zweite Frage: Sie haben darauf abgehoben, die öffentliche Hand muss das alles für ihre Gebäude machen. Heißt das, dass Sie damit nichts zu tun haben wollen, oder heißt das nur, dass man mit denen anfangen soll und Sie die privaten Gebäude in der zweiten Reihe sehen? Das war für mich etwas missverständlich. Ich denke, das können Sie vielleicht noch mal ausführen, dass natürlich auch alle privaten Gebäude in Berlin irgendwann so ertüchtigt sein müssen, dass sie nicht mehr Energie verschwenden und möglicherweise im Klimawandel noch funktionieren. Das ist, glaube ich, eine Grundanforderung an Gebäude in der Zukunft.

Herrn Rehberg würde ich gern fragen: Sie haben gesagt, dieses Monitoring bei den öffentlichen Liegenschaften fehlt völlig. Ist das immer noch so, oder hat sich das jetzt geändert? Wir haben jetzt eine andere Koalition. Nicht zuletzt sind Bündnis 90/Die Grünen daran beteiligt. Ist da etwas neu? Das würde ich an der Stelle auch den Senat fragen. Ist da schon etwas passiert? Gibt es so ein Monitoring, falls ja, wer macht das eigentlich im Senat? Macht das SenUVK, die BIM, oder macht das SenStadt? Wer ist dafür verantwortlich? Das erscheint erst mal, so wie das vorgetragen wurde, als sehr sinnfällige Angelegenheit.

Noch zwei Fragen an Herrn Rehberg: Halten Sie das Bewertungssystem nachhaltiges Bauen, das wir uns insbesondere für Neubau vorgenommen haben, für ein geeignetes System, um da weiterzukommen, auch in puncto Energieeffizienz und letztendlich Klimaschutz?

Eine allerletzte Frage: Sie haben umfangliche Erfahrungen in der Wohnungswirtschaft. Wir haben uns – das haben schon verschiedene Kollegen gefragt – mit der Frage beschäftigt, was das alles kostet. Haben Sie – ich glaube, das ist das Erste, das man machen muss – Beispiele für die Erfolgskontrolle von Modernisierungen im Wohnungsbereich? Wir haben immer das Problem, dass das ein Akzeptanzproblem generiert. Die Leute wissen gar nicht, ob das, was versprochen wird, bei Modernisierungsprojekten tatsächlich eingehalten werden kann und sich nachher darstellt. Haben Sie Erfahrungen, ob es in Berlin solche Erfolgskontrollen schon gibt? Oder andersherum: Was müsste man dazu tun, zum Beispiel bei landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, um so eine Erfolgskontrolle, die das Ganze transparenter macht, zu generieren? – Danke schön!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Abgeordneter! – Herr Stroedter von der SPD!

Jörg Stroedter (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich will vorab sagen: Wir haben in der vergangenen Wahlperiode durch die Enquete-Kommission Energie eine Menge Vorleistung gemacht, und die versuchen wir als Koalition jetzt umzusetzen. Ich darf mal positiv feststellen, dass das auch passiert. Das kann man am Stadtwerk sehen, das kann man am Ausstieg aus der Kohlenutzung sehen, und das kann man jetzt auch am BEK sehen. Das sind alles Schritte, die in die richtige Richtung gehen. Ich will jedem in dem Ausschuss deutlich machen: Wenn man das Ziel – klimaneutrales Berlin 2050 – erreichen will, muss man jetzt handeln. Insofern würde ich mit der Senatsverwaltung anfangen und gern wissen, welche Informationen Sie zum Zustand der öffentlichen Liegenschaften haben. Man muss konkret dort anfangen, weil die Möglichkeiten dort einfacher sind.

Dann haben wir diese Berliner Energiewirtschaftsstelle. Wie läuft es da mit der Datensammlung? Welche Informationen liegen dort vor? Muss etwas geändert werden? Kann das in der Form so bleiben, wie es ist? – Das würde mich interessieren.

Dann wäre die Frage, die geht sowohl an die Senatsverwaltung als auch an die Anzuhörenden: Ich bin der Meinung, wir brauchen ein Umsetzungskonzept über die konsequente Nutzung der schon vorhandenen Energiepartnerschaften und was wir für die Zukunft aufnehmen. Das fehlt aus meiner Sicht. Jeder macht ein bisschen, aber es gibt kein Gesamtkonzept. Dazu würde ich gern etwas hören.

Herrn Professor Hirschl und Herrn Krümmel würde ich eine Frage zum Flugverkehr stellen. Das ist eine Debatte, die wir permanent in der Stadt haben. Die Billigfluglinien versuchen, uns einzureden, dass man gar nicht mehr die Bahn nehmen und alles nur noch über Flugverkehr machen soll. Das ist ein Klimaproblem ersten Ranges. Ich würde gern von Ihnen hören, welche Vorschläge Sie der Politik machen, wie man diesen ungebremsten Anstieg der Flugbewegungen durch bestimmte Gesellschaften aus Ihrer Sicht eindämmen könnte und müsste und welche Anreize auch bezogen auf die Bahn gelegt werden müssen. Wir haben jetzt die neue Strecke nach München, die ein zeitliches Moment hat, aber es geht in dem Zusammenhang auch um Preise.

Frau Weis würde ich gern die Frage stellen: Zum Kohleausstieg in Berlin haben wir etwas beschlossen – Sie haben am 27. die Veranstaltung, zu der ich gern komme –, aber wir haben das brandenburgische Problem der Braunkohle – vielleicht äußern Sie sich dazu –, weil die brandenburgischen Kollegen sich bei dem Thema wenig bewegen. Das hat auf unsere Umwelt und auf das ganze Thema enorme Auswirkungen.

Herr Rehberg! Diese Energiepartnerschaften – wir haben neulich schon mal darüber gesprochen – sind in der Vergangenheit ganz gut gelaufen, aber seit 2010 läuft nicht mehr ganz so viel. An Sie die Frage: Was müsste sich jetzt ändern? Welche konkreten Vorschläge haben Sie, dass dort Bewegung entsteht?

An den Senat ganz klar die Frage: Wenn man mit dem öffentlichen Gebäudebereich anfängt, Wohnungsbaugesellschaften, aber auch insgesamt öffentliche Gebäude, wie stellen Sie sich das mit den Haushaltsmitteln vor? Was haben Sie dafür in diesem Doppelhaushalt vorgese-

hen, und was soll im nächsten Doppelhaushalt vorgesehen werden? Denn wenn kein Geld ausgegeben wird, wird es aus meiner Sicht nicht funktionieren.

Letzte Frage, an Herrn Rehberg, aber vielleicht auch an Herrn Professor Hirschl – es ist von der Linken angesprochen worden: warmmietenneutral. – Das ist der Begriff dafür. Ist es überhaupt realistisch, dass man das wirklich eins zu eins so macht? Wir haben einen Fall in Berlin, wo es uns gelungen ist, bei der GESOBAU bei der Sanierung des Märkischen Viertels. Da hat das geklappt. Das sind aber ganz bestimmte Voraussetzungen gewesen, die erkennbar nicht überall der Fall sind. – Vielen Dank!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Abgeordneter! – Herr Laatsch von der AfD-Fraktion, bitte!

Harald Laatsch (AfD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Herzlichen Dank an die Sachverständigen, die uns hier wirklich mit Sachverstand weitergeholfen haben, statt mit grüner Propaganda! Das muss man genau differenzieren, denn wenn ich Herrn Gelbhaar oder Herrn Kössler hören will, höre ich mir Herrn Gelbhaar oder Herrn Kössler an und nicht die Sachverständigen. – [Daniel Buchholz (SPD): Sie haben die einzige Wahrheit gepachtet!] – Sie sind jetzt dran, Herr Buchholz! Sie haben jetzt mindestens das fünfte Mal die Frage gestellt, wie sich die AfD positioniert. Schreiben Sie jetzt bitte mit, damit Sie die nicht noch das sechste Mal stellen müssen! – Herr Buchholz! Die AfD bezweifelt den Klimawandel nicht. Klimawandel gab es schon immer, Herr Buchholz, auch bevor es Sie gab oder mich. Die AfD bezweifelt, dass bewiesen ist, dass der Klimawandel menschengemacht ist. Sie schreiben gar nicht mit, Herr Buchholz; Sie haben es bis zum nächsten Mal wieder vergessen. – [Daniel Buchholz (SPD): Wir kriegen ein Wortprotokoll!] – Die AfD findet es nicht sinnvoll, Rohstoffe zu verbrennen – insofern Rohstoffe einzusparen und Energieverbrauch zurückzufahren. Herr Buchholz! Ist das jetzt endlich angekommen? – Dann würde ich mich freuen.

Jetzt zu den Vortragenden: Ich habe von Ihnen, Herr Hirschl, Herr Krümmel und Frau Weis, keinerlei Lösungsinhalte gehört, keinerlei technische Inhalte, wie denn irgendetwas umgesetzt werden soll. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie in der nächsten Runde noch etwas dazu sagen würden.

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Abgeordneter! – Es hat jetzt Frau Gennburg von der Linken das Wort. – Bitte sehr!

Katalin Gennburg (LINKE): Auch von mir vielen Dank! – Viele der Expertinnen und Experten haben ein starkes Plädoyer für einen Klimaschutz auch im Sinne der Mieterinnen und Mieter angemahnt und eine hohe Sozialverträglichkeit, die sich bisher in der Form nicht wiederfindet.

Das Thema Klimagerechtigkeit und Sozialverträglichkeit – wer zahlt für die Verbesserung in diesem Bereich? – Das ist ja eine große Frage. Wir haben da auch im Koalitionsvertrag ein paar Dinge formuliert, die sehr weitgehend, zumindest für die städtischen Wohnungsbaugesellschaften, sind. Die große Frage ist: Wie kann man da im privaten Wohnungssektor zu Erfolgen kommen? Insofern würde ich gern direkt von Ihnen wissen, welche konkreten Maßnahmen Sie in diesem BEK wiederfinden möchten. Wenn Sie jetzt bei „Wünsch dir was!“ wären, würde ich gern wissen, welche Aussagen Sie sich darin zu diesem Punkt wünschen würden.

Ich möchte außerdem noch zum Punkt Verdichtung und Innenstadtentwicklung kommen, der auch zum Thema Klimawandel und Veränderungen in der Stadt gehört. Da würde ich gern von Ihnen wissen, ob Sie sich da klarere Aussagen wünschen, denn die Versiegelung von Flächen ist ja schließlich auch ein Thema, das eigentlich dazugehört. Inwiefern möchten Sie da auch Äußerungen zum Thema sozialökologische Bodenpolitik, Umverteilung von Rauminanspruchnahme in sozialökologischer Hinsicht wiederfinden? – Das wäre mein Wunsch. – Vielen Dank!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Frau Gennburg! – Jetzt Herr Gelbhaar von den Grünen – bitte sehr!

Stefan Gelbhaar (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Es gäbe jetzt viel zu sagen. Ich habe vernommen, die AfD ist für den Kohleausstieg. Das ist doch mal ein Fortschritt. Aber wir sind ja hier in der Anhörung von Expertinnen und Experten, und deswegen habe ich ganz konkret eine Frage an die Leute, die sich zum Thema Verkehr geäußert haben, insbesondere da, wo das Mobilitätsgesetz erwähnt wurde – Herr Becker, direkt an Sie: Sie haben gesagt, dass Sie sich einen Autoteil oder so was wünschen unter dem Aspekt, den wir hier diskutieren, Klimaschutz/BEK. Was wünschen Sie sich denn im Mobilitätsgesetz? Das ist ja eine spannende Frage. Sollen wir da was zum Thema Stadtentwicklung, Parkraumbewirtschaftung, City-Maut reinschreiben, oder was sind die Punkte, die der ADAC vorschlägt? Auch in concreto: Wie weiter mit der Antriebswende? Was ist das, was Sie sich wünschen? – Das würde uns hier durchaus interessieren.

Vielleicht noch an Herrn Rahn: Vielleicht informieren Sie sich mal über die Reisegeschwindigkeiten in europäischen Großstädten, und dann reden wir noch mal darüber, was das eine mit dem anderen zu tun hat. Ich finde, dass Sie jetzt vielleicht in Ihrem Fachbereich weiter ausführen sollten und nicht in Ihnen offensichtlich fachfremden Bereichen.

Vorsitzender Oliver Friederici: Meine Damen und Herren! Wir haben jetzt alle Fraktionen und aus einigen Fraktionen auch mehrere Wortbeiträge gehört. Wir werden das zeitlich nicht anders hinbekommen, als dass wir nur eine Rederunde machen, denn die Anzuhörenden werden jetzt nicht nur in fünf Minuten antworten können. Der eine oder andere wird sicherlich länger brauchen. Deswegen möchte ich Sie noch mal dazu ermuntern, sich jetzt zu melden, denn nach der nächsten Runde der Anzuhörenden werden wir keine Rederunde der Abgeordneten mehr machen. Das wird nicht mehr klappen. – Herr Buchholz von der AfD, bitte sehr!

Christian Buchholz (AfD): Eine Frage nur: Wo soll in Zukunft die Energie herkommen, besonders die Menge, die jetzt im Umlauf ist? Es sind 2015 13,5 Terawattstunden Strom in

Berlin verbraucht worden. Wo soll diese Energiemenge herkommen, insbesondere wenn noch mit einem steigenden Strombedarf durch die Elektromobilität zu rechnen ist?

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Abgeordneter! – Ich sehe jetzt keine Wortmeldungen der Abgeordneten mehr. Dann hat jetzt der Senat das Wort und hier Frau Senatorin Günther – bitte sehr!

Senatorin Regine Günther (SenUVK): Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Vielen Dank! Ich möchte mich auch ganz herzlich bei den Expertinnen und Experten bedanken. Es war eine sehr hilfreiche Runde. Ich möchte am Anfang vielleicht noch ein paar allgemeine Gedanken dazu äußern, was Sie ausgeführt haben, und dann würden Staatssekretär Tidow und unsere Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung, die wir gleich noch vorstellen werden, die fachlichen Sachen ausführen.

Es wurde jetzt schon vielfach gesagt: Man kann ein BEK immer wieder perfektionieren. Ich glaube, wir werden es nie schaffen, den perfekten Entwurf vorzulegen. Das heißt, der Hinweis, den Prof. Hirschl gegeben hat, es wird immer wieder fortentwickelt, ist, glaube ich, das, woran wir uns orientieren sollten, denn wir sollten jetzt anfangen, etwas zu tun, ansonsten werden wir niemals zum Ende kommen. Das ist, glaube ich, die Marschrichtung. Was mich ein bisschen zum Nachdenken gebracht hat, war der beidseitige Hinweis, sowohl von Prof. Rahn als auch von Herrn Rehberg, wir sollten priorisieren. Wir haben aber eine Herausforderung, die an physikalischen Grenzen gemessen wird. Das heißt, der Klimawandel ist beschleunigt, und wir haben deshalb Ziele formuliert. Die mögen nicht ausreichend sein – Frau Weis, darüber kann man natürlich streiten –, aber wir haben jetzt erst mal die Ziele, und die Frage ist, ob die Maßnahmen, die Sie vorgeschlagen haben, zu der Zielerreichung führen würden. Dahinter würde ich erst mal ein Fragezeichen machen. Das heißt, wir würden dann noch unter dem bleiben, was wir uns eigentlich schon vorgenommen haben, und das kann auch nicht Sinn der Maßnahme sein.

Ich finde den Punkt Priorisierung nicht uninteressant, weil wir dann natürlich die Mittel, die wir haben, erst mal effektiv einsetzen, aber wir dürfen uns nicht dem verschließen, dass wir eine sehr breite Palette bedienen müssen, dass es um viele Maßnahmen geht, die Infrastrukturmaßnahmen sind, wo wir heute die Weichen stellen, damit wir in 20 Jahren die Emissionsreduktion erreicht haben. Das heißt, es sind ja nicht alle Maßnahmen, die sehr schnell gehen. In diesem Spannungsverhältnis müssen wir, glaube ich, heute sehr viele Weichen stellen, die erst längerfristig zum Tragen kommen. Insofern ist es für uns die Herausforderung, unter dem Motto „Perfect is the enemy of good“ das Gute zu tun, ohne die Perfektion aus dem Auge zu verlieren. – Ich danke Ihnen und gebe jetzt an Staatssekretär Tidow weiter!

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK): Herzlichen Dank! – Ich wollte noch einige Worte zum öffentlichen Gebäudebereich sagen, weil mein Eindruck war, dass das jetzt auch in der Diskussion sehr stark im Fokus war. Ich wollte klarstellen, dass über das BEK hinaus natürlich das Energiewendegesetz gilt, und im Energiewendegesetz sind auch die Ziele geregelt, die wir zu verfolgen haben – dass das Land Berlin bis zum Jahr 2030 in der Landesverwaltung den Kohlendioxidausstoß weitgehend auszugleichen hat. Wir haben getreu dem Energiewendegesetz bereits im Sommer 2016 von der Hauptverwaltung einen ersten Sanierungsfahrplan, sozusagen ein Konzept, vorgelegt. Nach Energiewendegesetz sind jetzt die Bezirke dran, das zu präzisieren, und haben, wenn ich das richtig erinnere, dafür auch drei Jahre Zeit.

Also es ist mitnichten so, dass das BEK hier eine Leerstelle hat, sondern die Verwaltung arbeitet mit Hochdruck daran. Wir bauen im Augenblick auch eine Infrastruktur auf. Wir haben jetzt in dieser Legislaturperiode die Bezirke gebeten, Klimaschutzbeauftragte zu benennen, mit denen wir sehr intensiv im Gespräch sind, um weitere Einsparpotenziale gerade im Bereich der Verwaltung zu identifizieren.

Es ist mehrfach die Frage nach dem Energiekataster gestellt worden. Meines Wissens gibt es ein solches Kataster im engeren Sinne nicht, aber da bin ich mir im Augenblick nicht ganz sicher. Was wir aber schon haben, ist, dass wir über die Energieverbräuche in der öffentlichen Verwaltung Bescheid wissen, weil, angesiedelt in der Energiewirtschaftsstelle der für Energie zuständigen Verwaltung SenWiEnBe, die Da.V.i.D. GmbH beauftragt ist, u. a. auch diese Dinge zu erfassen. Auch das ist seinerzeit schon eingespeist worden, wenn ich da richtig informiert bin, auch in den Prozess der Erstellung des BEK bzw. in die vorgelagerten Prozesse. Insofern müsste das eigentlich bekannt sein.

Die Frage war noch: Wie viel Geld ist eigentlich im Haushalt für Sanierung vorgesehen? – Ich kann das jetzt aus der Lamäng sehr schlecht spezifizieren. Was natürlich vorgesehen ist, ist, dass im Rahmen des BEK, im Rahmen der jetzt auch hier schon mehrfach zitierten Maßnahmenlinie, von uns Gelder etatisiert sind. Das ist ja der Operationsmodus des BEK. Wir nennen es Maßnahmen, eigentlich sind es Maßnahmenlinien, die jetzt im Zuge der Umsetzung durch sehr konkrete Maßnahmen unterfüttert werden müssen, und dann wird von der Verwaltung geprüft und beschieden, und dann gehen wir in die Umsetzung, und da ist jedenfalls auch Geld für die Sanierung der öffentlichen Gebäude vorgesehen. Man muss gucken, was dann an Anträgen konkret da ist. Ob darüber hinaus in den Bezirken oder sonst im Haushalt spezifische Verwaltungsgebäude schon für die energetische Sanierung vorgesehen sind, kann ich jetzt aus dem Stegreif nicht genau sagen.

Vorsitzender Oliver Friederici: Selbstverständlich, Herr Stroedter, Sie kriegen das Wort. Bitte sehr!

Jörg Stroedter (SPD): Ich will nur darum bitten, dass Sie uns das schriftlich beantworten, denn das ist so eine wichtige Frage. Dass das heute nicht geht, kann ich verstehen, aber das ist für uns von entscheidender Bedeutung für die Umsetzung. – [Staatssekretär Stefan Tidow: Gerne!]

Vorsitzender Oliver Friederici: Sie antworten also schriftlich, das ist vereinbart. Wenn wir hier etwas vereinbaren, dann müsste das an alle Abgeordneten im Ausschuss gehen, also bitte nicht nur Herrn Stroedter antworten! – Gibt es weitere Wortmeldungen der Abgeordneten? – Das sehe ich nicht. Dann gebe ich jetzt Frau Weis als Erster das Wort. Wir haben jetzt großzügige fünf Minuten für jeden. – Bitte sehr, Sie haben das Wort, Frau Weis!

Laura Weis (Kohleausstieg Berlin): Vielen Dank! – Ich werde versuchen, es zu schaffen. Vielleicht am Ende angefangen: Wir sehen das natürlich auch so. Es muss jetzt anfangen. Die Vorlage ist nicht perfekt, man kann vielleicht einige Sachen noch verbessern, das sollte aber, denke ich, auf jeden Fall in dieser Legislaturperiode noch mal aufgemacht werden, weil dann ja auch die Klimaziele, die im BEK genannt werden, Auswirkungen haben auf die Maßnahmen, die Ambitionen, die Dringlichkeit und die Geschwindigkeit dieser Maßnahmen. Deswe-

gen wäre das aus unserer Sicht auf jeden Fall sehr wichtig, auch wenn es ein sich ständig erneuerndes und aktualisierendes Paket sein muss.

Es gab mehrere Fragen zum Block Sozialverträglichkeit, Kosten, Technologieoffenheit etc. Aus unserer Sicht ist es so, dass das notwendig ist. Klar gibt es immer eine Abwägung zwischen Ambitionen und Zielen einerseits und Wirtschaftlichkeit und Sozialverträglichkeit andererseits. Das ist uns auch bewusst. Was wir unterstreichen wollen, ist, dass es notwendig ist aus unserer Sicht, dass da jetzt auch konkrete Konzepte erarbeitet werden. Wir sehen das gerade beim Kohleausstieg. Da gibt es jetzt die Machbarkeitsstudie, da haben wir noch kein fertiges Konzept in der Tasche, das hat auch niemand anderes bisher für Berlin. Deswegen wird jetzt diese Machbarkeitsstudie erarbeitet, und so was Ähnliches würden wir uns auch wünschen oder als notwendig erachten für die Frage: Wie kann man energetische Sanierung in der Fläche – und eben nicht immer nur auf einzelne Gruppen beschränkt, sozialer Wohnungsbau oder so – und insbesondere auch im privaten Wohnungsbau durchsetzen? Welche Regelungen sind da notwendig? Welche Gesetze müssen da evtl. geändert oder erlassen werden? Es wäre unser dringender Appell, dass das passiert – wir tasten uns auch gerade erst an das Thema heran –, dass da auch die entsprechenden Senatsverwaltungen miteinander reden, dass da Mieter-/Mieterinneninitiativen, Mietervereine etc. einbezogen werden.

Zum Thema Geld: Das ist natürlich klar ein Kostenfaktor. Wenn man aber sieht, wie viele Milliarden in die Fertigstellung oder Nichtfertigstellung irgendwelcher Flughäfen gesteckt werden, dann muss man sich, glaube ich, fragen: Wo will man das Geld reinstecken? Wo ist es vielleicht sinnvoller für den Klimaschutz angelegt, und wo ist es weniger sinnvoll? Das ist ja auch eine Frage der Abwägung und der Priorisierung. Deswegen wäre ich da nicht ganz so pessimistisch.

Zur Frage der Technologieoffenheit bzw. welche Technologien wir uns vorstellen würden für die Wärmewende, was u. a. Herr Schmidt nachgefragt hat, würde ich gern auf unser Papier zur Wärmewende in Berlin verweisen – das haben wir als Kohleausstiegsbündnis am Dienstag veröffentlicht, das sind teilweise ähnliche Punkte wie in der Stellungnahme, aber es ist noch etwas ausführlicher –, wo wir noch mal skizzieren, was aus unserer Sicht zu tun notwendig wäre. Da geht es beispielsweise um solche Dinge wie eine Umstellung auf Niedertemperatur im Fernwärmenetz, die Stärkung erneuerbarer Wärmepotenziale, wo teilweise bisher noch nicht klar ist, was es da überhaupt an Potenzial gibt. Das wäre eben erst mal zu erheben und dann auch möglichst umfangreich zu nutzen.

Das geht jetzt auch schon in Richtung der Beantwortung einer Frage von Michael Efler zu Power-to-Heat und Power-to-Gas. Es wird ja weithin angenommen, dass auch im Wärmebereich verstärkt Strom zum Einsatz kommen wird in der einen oder anderen Form. Darunter fallen sowohl Wärmepumpen als auch Power-to-Heat und Power-to-Gas, wo dann irgendwann Strom aus erneuerbaren Energien die Quelle ist, und da dieser Strom dann natürlich ein knappes Gut sein wird und das heute auch schon ist, weil noch andere Bereiche wie die Mobilität wahrscheinlich weiter elektrifiziert werden, geht es darum, diesen Strom dann möglichst sinnvoll und effizient da zu nutzen, wo er wirklich benötigt wird und wo er am effektivsten zum Einsatz kommt. Da ist es aus unserer Sicht und aus Sicht vieler anderer – wir berufen uns auf andere Studien, die es bereits gibt, auf Experten und Expertinnen in dem Bereich – so, dass der Strom für Wärmepumpen beispielsweise effektiver eingesetzt ist, als wenn man ihn direkt wie in einem Wasserkocher in einer Power-to-Heat-Anlage verheizt. Bei Power-to-Gas

ist es ein weiterer Verarbeitungsschritt mit noch schlechteren Wirkungsgraden, weil der Strom erst mal in Wasserstoff und dann evtl. noch in Methan umgewandelt wird und man natürlich durch diese Umwandlungsprozesse immer auch Verluste hat. Deswegen ist die Frage, ob das dann der effektivste Anwendungsbereich dafür ist. Es wird vermutlich gerade für dieses Power-to-Gas andere Nutzungsfelder geben, wo das verwendet werden soll, wobei ich sehr skeptisch wäre, ob man damit auf Dauer ganze Gaskraftwerke in Berlin ersetzen kann. Das finden wir eher schwierig. Ich kann auch gerne noch mal das Papier rumschicken, einige haben es wahrscheinlich schon erhalten. Es findet sich auch auf unserer Webseite wieder.

Sie hatten noch zum Thema Erdgas gefragt. Das hat natürlich erst mal geringere CO₂-Emissionen als die Kohle, ist auch, wenn man auf die Schadstoffe guckt, zumindest besser als die Kohle, ist aber aus unserer Sicht trotzdem keine Option für die Zukunft. Es erzeugt zwar weniger CO₂ bei der Verbrennung, ist aber auch eine große CO₂-Quelle und muss aus unserer Sicht auch möglichst rasch und deutlich vor 2050 aus dem Strom- und Wärmemix in Berlin verschwinden. Wenn man jetzt beim Kohleausstieg guckt – – Es wird jetzt in der Machbarkeitsstudie auch weiter untersucht, was für Schritte da genau notwendig sind, aber ich hatte es so verstanden, dass es auch das Ziel des Senats ist, von Frau Günther, dass möglichst auf den Neubau weiterer Gaskraftwerke verzichtet wird, weil man sich dann Infrastruktur hinbaut, die irgendwann wieder verschwinden muss. Das wäre aus unserer Sicht auf jeden Fall auch ein wichtiger Punkt.

Dann gab es noch einige Nachfragen von Herrn Kössler, zum einen zur Priorisierung und zu den 2020-Zielen. Bei einer Priorisierung ist aus unserer Sicht – das steht schon im Namen unseres Bündnisses – natürlich der Kohleausstieg sehr zentral. Man muss aber immer dazusagen, dass das in Berlin relativ komplex ist, weil da das Wärmenetz dranhängt. Auf Bundesebene, wenn es um den Strommix geht, könnte man relativ leicht sehr große Kapazitäten abschalten, ohne dass das groß schaden würde, weil das meiste davon eh exportiert wird und wir da große Überschusskapazitäten haben. Wenn das Wärmenetz dranhängt, ist das eine komplexere Sache. Das wird bis 2020 schwierig, aber aus unserer Sicht ist trotzdem so schnell und so viel wie möglich davon zu reduzieren. Das ist eine ganz große Quelle für CO₂-Emissionen in Berlin. Deswegen gibt es auch die Dringlichkeit aus unserer Sicht, damit möglichst rasch und nicht erst 2030 fertig zu werden.

Dann gab es noch eine Nachfrage zur Braunkohle in Brandenburg. Das ist auf jeden Fall ein riesiges Problem auch aus unserer Sicht. Da gibt es aus unserer Sicht für das Land Berlin zumindest zwei Handlungsoptionen, einmal, dass über die gemeinsame Landesentwicklungsplanung mit Brandenburg darauf hingewirkt wird, dass zumindest neue Tagebaue in der Lausitz ausgeschlossen werden. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Da ist besonders der Appell an SPD und Linke, auf die Schwesterparteien in Brandenburg vielleicht dahin gehend einzuwirken. Aber wir wissen auch, dass die da anders aufgestellt sind als die Berliner Parteien. Der andere große Hebel ist der Kohleausstieg auf Bundesebene, und da würden wir uns sehr wünschen, dass Berlin als Land im Bundesrat beispielsweise aktiv wird und mit dazu beiträgt, dass der Kohleausstieg da auch kommt.

Vorsitzender Oliver Friederici: Wir sind jetzt schon bei zehn Minuten.

Laura Weis (Kohleausstieg Berlin): Tut mir leid! Ich glaube, ich habe auch alle Punkte so weit abgehandelt.

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Frau Weis! – Jetzt Herr Rehberg, bitte!

Siegfried Rehberg (Energie und Arbeit e. V.): Das ist ja nun eine Vielfalt an Fragen, die gestellt worden sind. Ich versuche mal, wieder auf das zentrale Thema öffentlicher Gebäudebestand zu kommen und vorher auch etwas zum Thema Mietwohnungsbestand bzw. warmmietenneutrale Modernisierung zu sagen. Wir haben in unseren Anforderungen auf Bundesebene über die Energieeinsparverordnung und das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz Anforderungen, die darauf gerichtet sind, Dinge zu tun, ohne dass sie anschließend gemonitort werden, ob sie denn auch vernünftig sind. Wir erleben ja – und das ist seit vielen Jahren allen bekannt –: Unsere Altbauten sind besser, als sie berechnet werden, und die Neubauten sind schlechter, als sie berechnet werden, im tatsächlichen Verbrauch. Das sagen die Ingenieure jetzt schon seit vielen Jahren und weisen darauf hin, dass wir unsere Anforderungen umstellen und fragen müssen: Was kommt hinten raus? – Denn hinten raus können wir messen, vorher können wir nur rechnen und abschätzen.

Das ist das zentrale Thema, das wir auch in Zukunft bei der energetischen Modernisierung zugrunde legen müssen. Ich hätte nie geglaubt, dass es einem Eigentümer einfällt, auf der Grundlage der beiden von mir erwähnten Gesetze bzw. der Verordnung die Modernisierung eines kompletten Gebäudes in Pankow vorzunehmen, wo hinterher Modernisierungskosten von weit über 1 000 Euro oder sogar 1 500 Euro rauskommen. – Herr Otto! Sie kennen den Fall.

Deswegen müssen wir auch sehen, dass wir diese Anforderungen auf ein vernünftiges Maß zurückführen und auf die tatsächlich begreifbaren Dinge umstellen. Es nützt uns nichts, wenn dann die neue Bundesregierung tatsächlich arbeitsfähig ist, wieder über ein Gebäudeenergiegesetz nachzudenken, wo wir noch mehr Anforderungen an Wärmedämmung haben und dann bei der Wärmedämmung, die eigentlich mit einer Dicke von um die 8 oder 10 cm völlig ausreichend ist, um Energieeinsparung zu betreiben und bauphysikalisch sinnvolle Innenräume zu haben, möglicherweise in eine Anforderungsgröße von 20 cm kommen. Dann kommen nämlich noch alle möglichen anderen statischen Anforderungen, Brandschutzprobleme usw. hinzu. – Das zum Grundsätzlichen!

Das heißt, die Frage ist: Welche Warmmietenneutralität und welche Maßnahmen können umgesetzt werden und vor allen Dingen, an welchen Gebäuden? Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen hat über seine Klimaschutzvereinbarung seit 1997 bis jetzt – die letzte läuft bis 2020 – ein CO₂-Bilanzierungsverfahren entwickelt, das relativ simpel ist. Es werden die Energieverbräuche der einzelnen Liegenschaften ermittelt, es wird ermittelt: Welche Energieträger sind in diesen einzelnen Liegenschaften eingesetzt? Es sind CO₂-Kennwerte, die ermittelt bzw. von den Energieversorgern angegeben werden, und daraus wird ein CO₂-Kennwert gebildet, und dieser CO₂-Kennwert liegt für den mehrgeschossigen Wohnungsbau im Mittel bei 1,6 Tonnen CO₂ pro Wohnung und Jahr für Heizung, Warmwasser und den Hausstromverbrauch. Wir haben – und das haben wir auch in die Diskussion mit Prof. Hirschl eingebracht – gesagt, es müsste doch machbar sein, so was auch in Berlin zu ermitteln für den Einfamilienhausbestand. Es ist aber so nicht ermittelt worden, sondern aus der Studie über die Siedlung Eichkamp wissen wir, dass dort CO₂-Emissionen in der Größenordnung von 7 bis 10 Tonnen für Einfamilienhäuser vorhanden sind. Dazu kommen dann natürlich noch die CO₂-Emissionen aus dem Stromverbrauch. In mehrgeschossigen Gebäuden

sind das so um die 2 000, 2 500 kWh, in Einfamilienhäusern sind es um 4 000 bis 5 000 kWh, teilweise auch noch mehr, sodass man sich ausrechnen kann: Wo haben wir welche Potenziale? – Auf der Grundlage dieser Potenzialabschätzung lässt sich dann auch feststellen: Was ist überhaupt machbar, und welche Maßnahmen sind sinnvoll?

Wir haben im Moment ein anderes großes Problem, gerade bei der energetischen Modernisierung: Die Finanzämter fangen an, die Grundsteuer nach einer umfassenden energetischen Modernisierung neu zu berechnen, und da wir in Berlin sowieso schon bundesweit die höchste Grundsteuer haben, nämlich 27 Cent/m² Wohnfläche im Monat im mehrgeschossigen Wohnungsbau, kommen auf einmal Grundsteuern in der Größenordnung von 50 Cent/m² raus, das heißt, es sind 20 Cent mehr aus einer Grundsteuererhöhung, und die sowieso schon geringe Energieeinsparung in der Größenordnung von um die 50 Cent im Durchschnitt, wird dann auch noch durch die Grundsteuer aufgeessen.

Wir haben – das ist auch angesprochen worden – positive Beispiele für die warmmietenneutrale Modernisierung in Berlin. Das ist das Märkische Viertel, aber ins Märkische Viertel sind erhebliche Fördermittel des Bundes und der KfW geflossen. Dann kann man warmmietenneutral modernisieren. Wenn ich aber keine Fördermittel dort investieren will, dann muss ich sehen, dass ich die Maßnahmen möglichst simpel reduziere und auf teure Maßnahmen verzichte.

Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen hat nach Vorgaben der Ostfalia-Hochschule ein Alphaprojekt realisiert und gesagt: Lasst uns doch mal angucken, was im Bestand möglich ist! – Wir haben festgestellt, dass durch eine Optimierung von Heizungsanlagen und Warmwasserbereitungsanlagen und durch bessere Wartung zwischen 15 und 25 Prozent Energieeinsparung möglich sind.

Vorsitzender Oliver Friederici: Würden Sie, lieber Herr Rehberg, auch zum Ende kommen?

Siegfried Rehberg (Energie und Arbeit e. V.): Und das ist genau der Punkt, der auch für den öffentlichen Gebäudebestand als Zielgröße gilt. Das heißt, wir haben erhebliche Potenziale durch eine Optimierung der Heizungsanlagen im öffentlichen Gebäudebestand. Das ist, denke ich, das zentrale Thema – Herr Buchholz hat ja auch angesprochen: Wie kann das umgesetzt werden? –, das mit den Berliner Stadtwerken zusammen dann auch angegangen werden sollte. Gespräche laufen zwischen den Berliner Stadtwerken und der BIM, um dort die vorhandenen Daten so zusammenzufassen, dass sie in der Lage sind, überhaupt erst mal zu wissen: Was ist eigentlich in welchen Liegenschaften los? Die zweite Maßnahme ist dann, die geeigneten Maßnahmen flächendeckend umzusetzen, und – das zeigen die Beispiele aus den Energiesparpartnerschaften – das sind dann natürlich die Maßnahmen, die sogenannte geringinvestive Maßnahmen sind.

Vorsitzender Oliver Friederici: Herr Rehberg! Wir müssten jetzt weitermachen.

Siegfried Rehberg (Energie und Arbeit e. V.): Ich muss ja die Fragen beantworten.

Vorsitzender Oliver Friederici: Das ist klar, aber leider die anderen auch. Deswegen bitte ich Sie, zum Schluss zu kommen. Ansonsten bitten wir Sie um schriftliche Beantwortung.

Siegfried Rehberg (Energie und Arbeit e. V.): Es gab noch eine Frage von Herrn Schmidt nach dem Steuerungskreis. Wir brauchen über die Senatsverwaltung hinaus einen Steuerungskreis mit Einbindung der Berliner Wirtschaft. Die IHK hat dazu schon im Jahr 2014 ein entsprechendes Gutachten erstellen lassen – das stelle ich dem Ausschuss gerne zur Verfügung –, wo Sie noch mal nachlesen können, was alles gemacht werden soll, um diese Energiewende in Berlin tatsächlich voranzubringen. Das sind die entscheidenden Punkte. Ohne diesen Steuerungskreis, der auch über die Legislaturperiode hinaus wirken kann, wird es keine gut gesteuerte Energiewende geben. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen, es gibt viele gute Ansätze in Berlin, aber keiner kennt sie.

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Rehberg! – Herr Prof. Rahn, bitte!

Prof. Axel Rahn (Baukammer Berlin): Ich schließe mich den Worten von Herrn Rehberg in vollem Umfang gerne an. Er hat mir aus der Seele gesprochen. Kommen wir aber kurz noch zu den Fragen! Die Frage von Herrn Hausmann betraf Energieeinsparpotenziale bei öffentlichen Bauvorhaben. Wir brauchen hierzu ein Kataster der Anlagentechnik, so z. B. auch: Wie viele Halogenstrahler sind hier drin? Wenn hier überschlägig 200 mit 30 Watt drin sind, wie ich abschätzen würde, haben wir hier im Raum eine Anschlussleistung von 6 kW. Würden wir das auf LED umrüsten, wären es nur noch 1,4 kW – das nur noch mal zu dem Potenzial, das da ist.

Allerdings müssen wir bei allen Maßnahmen auch immer bedenken: Die LEDs müssen hergestellt werden. Dazu müssen Rohstoffe gefördert werden. Dann müssen sie hierhertransportiert werden, die Anlage muss umgebaut werden. Also mit jeder Maßnahme, die ich zur CO₂-Emission ergreife, muss ich wissen, dass ich erst einmal auch CO₂-Emissionen investieren muss. Insofern wird, wenn wir nachhaltig etwas ändern wollen, erst einmal damit gerechnet werden müssen, dass wir eine Stagnation oder vielleicht sogar einen starken Anstieg haben werden können. Das hängt von den Maßnahmen ab. Also wir werden nicht davon ausgehen können, dass wir, wenn wir jetzt auf einmal hier nur noch 1,4 kW haben, damit auch schon entsprechend proportional die CO₂-Emissionen gesenkt haben. Dann berücksichtigen wir den Prozess Fertigung, Einbau und Lieferung nicht. – Das dazu!

Zur nächsten Frage – von Herrn Schmidt –, Gebäudeabriss: Hier gilt vom Grundsatz her das Gleiche. Erst einmal ist es natürlich eine baukulturelle Frage. Dieses Haus hier, dieser Raum hier ist eigentlich viel zu groß, weil er viel zu viel Volumen hat. Wir sollten eigentlich das Haus hier abreißen und was Neues hinsetzen. Die Frage ist nur: Will man das wirklich? – Ich würde das nicht wollen. Insofern muss man sich die Frage stellen oder auch dort die Betrachtung durchführen: Was bedeutet ein Gebäudeabriss? – Ein Gebäudeabriss bedeutet im Endeffekt auch, dass ich CO₂ investieren muss, um das Haus abzureißen. Ich produziere vielleicht Abfall, im Regelfall Müll. Hier muss man auch differenzieren zwischen Abfall und Müll. Also insofern bin ich kein Befürworter davon, jetzt hier vielleicht eine Abwrackprämie für Gebäude einzuführen, obwohl es natürlich für mich als Ingenieur sehr lukrativ wäre. Es wäre ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für uns Ingenieure.

Zu Herrn Otto: Ich bin Ihnen sehr dankbar für die Frage, weil ich immer wieder feststelle, dass der Beruf des Ingenieurs scheinbar in der Öffentlichkeit und in der Politik von seiner Bedeutung her nicht allzu sehr wahrgenommen wird. Wissen Sie, ehe da drüben einer dieser Neubauten von Kollhoff oder Jahn errichtet werden konnte, musste es erst einmal hier drin entstehen bei dem Architekten, bei dem Ingenieur. Ingenieur sein heißt, geistig-schöpferisch tätig sein. Der Ingenieur definiert sich dadurch, dass er auch als Erfinder tätig ist. Auch wenn jedes Haus ein Fenster hat, jedes Haus eine Außenwand hat, es wird immer wieder anders gestaltet werden müssen, es wird anders komponiert werden müssen. Es ist immer wieder eine neue Produktentwicklung, es ist keine Serienfertigung. Das heißt, dem Ingenieur ist es somit eigen, dass er sich solchen Herausforderungen, Neuerungen stellt, dass er das macht, dass er das kann. Das ist überhaupt nicht das Thema. Wenn die Ingenieure hier in Berlin entscheiden könnten, hätten wir wahrscheinlich schon Smart City oder sonst was. Das Problem ist nur, dass der Ingenieur von einem Bauherrn oder heute mehr von einem Investor abhängt – Bauherren sind was anderes als Investoren – und die nun mal, was ja verständlich ist, auch nur einen speziellen Geldbeutel zur Verfügung haben und eine spezielle Nutzung da sein muss. Die Aufgabe des Ingenieurs ist es, dafür die individuelle Lösung mit zu schaffen. Also ein Handlungsbedarf aufseiten der Ingenieure bezüglich Fort- und Weiterbildung – die Entwicklungen kommen ja von Ingenieuren, neue technische Gebäudeausrüstungen werden ja von Ingenieuren entwickelt – besteht nicht, weil es immanent ist für Ingenieure, sich fort- und weiterzuentwickeln.

Kommen wir zu den öffentlichen Gebäuden: Da muss angefangen werden. Ich glaube, es ist wichtig. Der Bürger fühlt sich – das darf ich Ihnen auch als Bürger, der hier sitzt, sagen – gebeutel, und er hat immer wieder den Eindruck, dass die Politik sich der Verantwortung entziehen kann und der Bürger nachher dafür zahlen darf. Also fangen Sie mit den öffentlichen

Gebäuden an! Sie werden diese 94 Millionen Euro, die im Gesamtrahmen zur Verfügung stehen, wenn Sie alle öffentlichen Liegenschaften in Berlin damit behandeln und dort wirklich ein Energiekataster wollen, eine energetische Ertüchtigung durchführen wollen, dafür gut benötigen.

Das Nächste – privater Bauherr: Wissen Sie, ich kriege immer wieder Anfragen, so neulich aus Frankfurt am Main. Hochhaus, in den Siebzigerjahren gebaut, die Bewohnerschaft – alles Eigentümer, haben das alle in den Siebzigerjahren gekauft – ist dementsprechend, wenn man das hochrechnet, nun ein wenig betagter. Mit 60 Jahren wäre ich da wahrscheinlich einer der Jüngsten. Die hatten einen Energieberater, und der hat ihnen gesagt: Ihr müsst da 2 Millionen investieren. – Es ist eine größere Anlage. Und dann sagte die Dame, die mich anrief: Wissen Sie, ich bin jetzt 70 Jahre alt. Das rechnet sich für mich gar nicht. – Sie müssen bei alledem bitte auch die Lebensumstände der Bürger mitbeachten. Eine Wohnungsbaugesellschaft existiert ja bis in die Ewigkeit, solange sie nicht pleitegehen sollte, und das kann nicht funktionieren oder nicht klappen, aber der einzelne Bürger, der sein Einfamilienhaus gerade abbezahlt hat, oder der Kleinmehrfamilienhausbesitzer, muss das Geld erst mal haben, um es dann auch investieren zu können, und so dicke ist das heute auch nicht mehr.

Vorsitzender Oliver Friederici: Denken Sie bitte auch an die Zeit!

Prof. Axel Rahn (Baukammer Berlin): Ja! Ich komme gleich zum letzten Punkt. Herr Gelbhaar ist ja wieder da. – Herr Gelbhaar! Es geht hier nicht um durchschnittliche Reisegeschwindigkeiten, wo wir in Berlin sicherlich bevorzugt sind, sondern es geht um die CO₂-Emissionen, wenn ich mit dem Auto an der Ampel stehe. Auch wenn man sagen würde, man regelt die Durchschnittsgeschwindigkeit, die ja in Berlin bei rund 25 km/h liegt, wenn man von Ampel zu Ampel fährt, auf 30 und hat dafür eine grüne Welle, ist es für die Umwelt besser als der jetzige Zustand.

Verzeihen Sie bitte noch meine Schlussbemerkung im Hinblick auf Ihre Bemerkung, ich sollte mich nicht dazu äußern: Ich bin Ingenieur, Sie sind Rechtsanwalt. Also wenn ich mich als Ingenieur nicht zu technischen Dingen äußern darf, aber Sie als Rechtsanwalt, dann werde ich ärgerlich. – Danke!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Rahn! – Mit Blick auf die Uhr – Herr Becker muss zu einer bestimmten Zeit das Haus verlassen – würde ich dafür plädieren, meine Herren Hirschl und Becker, dass Sie Ihre Wortbeiträge wechseln, wenn das in Ordnung wäre. – Dann hat jetzt Herr Krümmel das Wort. Denken Sie bitte alle an die fünf Minuten! – Danke!

Matthias Krümmel (BUND): Ich denke an die fünf Minuten, deswegen muss ich auch ein paar Antworten schuldig bleiben. Ich würde mich jetzt zum Thema Flugverkehr vorwagen. Wir haben als BUND bereits vor zwei Jahren ein Luftverkehrskonzept entwickelt – ich habe mal fünf Exemplare mitgebracht für die Fraktionen –, in dem wir nicht nur darauf eingehen, wie man Flugverkehrskapazitäten abbauen kann, sondern auch die Klimabelastungen dabei einschränken kann. Es sind in unserem BUND-Konzept relativ viele Lösungsvorschläge gemacht worden. Wir sehen den Schienenverkehr, insbesondere bei der Luftfracht, als zu wenig adressiert an. Ja, wir reden auch über Kompensationen, obwohl das nicht unser Lieblingsthema dort ist. Wir haben ja auch im Flugverkehr nicht gerade die Erwartungshaltung, dass wir viele erneuerbare Energien zu sehen bekommen werden. Wir wollen aber auch über Kerosin-

besteuerung reden. Wir wollen auch über Maßnahmen reden, die auf Bundes- bzw. internationalem Parkett passieren müssen, wo wir z. B. den europäischen Emissionshandel für Kurz-, Mittel- oder Langstreckenflüge noch mal thematisieren müssen. Wir schlagen z. B. vor, weil wir in Berlin hauptsächlich Kurzstreckenflüge haben, 12 Euro für Kurzstrecken-, 30 Euro für Mittelstrecken- und für Langstreckenflüge noch mal 60 Euro, um einfach über die Preise eine gewisse Lenkungswirkung zu erzielen.

Klimawandelanpassungsfragen würden wir, genauso wie wir es beim gesamten BEK gemacht haben, gar nicht maßnahmengenaу beantworten wollen. Wir priorisieren derzeit auch keine Maßnahmen, wir sehen bei dem Handlungsfeld Gebäude und bei dem Handlungsfeld private Haushalte und Konsum vor allem geringinvestive Maßnahmen, wenn man von einer Priorisierung reden will, als erstes Handlungsfeld an. Und ja, wir haben natürlich ein Dilemma: Wir müssen eine doppelte Innenentwicklung schaffen. Wir müssen verdichten, und wir müssen uns an den Klimawandel anpassen. Wir hatten einen Stadtentwicklungsplan Grün, der diese Thematik mit aufgreift, auch in unsere Stellungnahme aufgenommen. Vertikale-Schwammstadt-Konzepte, das Dächerprogramm massiv auszuweiten, wäre dort eine Thematik. Die Wiedervernässung wäre auch mit Bauherren, die dann vielleicht feuchte Füße bekommen, zu klären. Das Einrichten eines wirklich bürgernah ausgerichteten Frühwarnsystems, UV-Belastung, Starkregen, Wind etc. – das sind sicher wichtige Punkte, die im vorliegenden AFOK noch mal konkretisiert werden müssten etc. pp.

Michael Efler hatte mich nach unseren Vorstellungen zur Energiearmut gefragt. Energiearmut ist kein Berliner Problem an sich, Energiearmut ist im nationalen und internationalen Kontext zwar erforscht, aber noch nicht abschließend zu bewerten – so würde ich es mal ausdrücken. Wir sehen, dass in Berlin die AV Wohnen angefasst wurde – finden wir gut. Wir sehen allerdings noch nicht, dass z. B. eine Thematik, die die damalige Beratungsstelle für Energiearmut, GVS in Neukölln, sehr schön aufgearbeitet hatte – – Die Kosten der Unterkunft für Transfergeldbezieher haben immer verfassungswidrig niedrige Beträge zutage gefördert. Ein Kind eines Hartz-IV-Empfängers, das in einer Bedarfsgemeinschaft wohnt, hat damals laut deren Berechnungen 15 Sekunden warmes Wasser zur Verfügung bekommen. Das ist ein Skandal, und da müssen wir eben auch ran. Wir stellen uns vor, geringinvestive Maßnahmen zu fördern, die Beratung nicht nur von Geringverdienern für Geringverdiener zu verstärken, wie sie z. B. im Caritasprojekt sinnvollerweise auch stattfindet, sondern eben auch Klimaschutzberatungen für alle Einkommensklassen zu veranschlagen.

Als Letztes noch mal zum Thema Warmmietenneutralität, in dem natürlich ein sehr großer sozialer Aspekt steckt: Ein gelungenes Beispiel ist auch die Märkische Scholle im Süden Berlins, das zeigt: Gerade und nur die energetische Sanierung hat die Sozialverträglichkeit dieses Bauprojekts hervorgebracht und nicht andersherum. Es wurde nicht trotz, sondern wegen der energetischen Sanierung hier ein Sozialverträglichkeitsaspekt geschaffen, und deswegen kann man dafür plädieren, Ingenieurskunst, Stand der Technik, auch jenseits der technischen Gebäudeausstattung – die haben dort ja sehr viel damit gemacht –, und Förderung da mal an einen Tisch zu bringen, und dann kann man, glaube ich, auch im großen kommunalen Wohnungsbaubestand noch weitere Fortschritte machen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Oliver Friederici: Vielen Dank, Herr Krümmel, für die fünf Minuten, auch wieder sehr gut eingehalten! – Herr Becker, Sie haben das Wort – bitte sehr!

Jörg Becker (ADAC): Ich bedanke mich ganz herzlich und möchte es jetzt auch gar nicht in die Länge ziehen. Ich fange mal mit dem Letzten an, weil es ein Stück weit Antworten auf alle anderen Fragen mit beinhaltet, der Frage von Herrn Gelbhaar nach den Inhalten, die der Teil Autoverkehr im Mobilitätsgesetz enthalten sollte. Hier geht es mir um einen Grundsatz. Ich glaube, jedes Gesetz, auch ein Mobilitätsgesetz, sollte ausgelegt sein auf volle Transparenz und darauf, dass man beim Thema Mobilitätsanspruch oder Mobilitätssicherung alle Mobilitätsformen gleichermaßen und gleichwertig erfasst. Wir haben einen Teil zum Radverkehr. Wir wissen, dass der mit höherer Priorität bearbeitet werden musste. Auch die Hintergründe sind ja bekannt. Wir haben einen Teil ÖPNV und Wirtschaftsverkehr. Wir haben auch Fußverkehr. Aber mir geht es darum: Auch die Rolle des Autoverkehrs in dem intermodalen Gesamtsystem eines Mobilitätsgesetzes gehört da einfach rein.

Wenn das ganz konkret mit Inhalten zu belegen ist, will ich ein paar Schlagworte nennen. Dazu gehört für mich die Fördermöglichkeit von alternativen Antriebsformen – gerade auch CO₂-reduzierende Automobilität zu fördern. Dazu gehört, dass das Thema Intermodalität, die Einbindung des Autoverkehrs in den Umweltverbund, deutlich im Teil Autoverkehr genannt wird, und dazu gehört für mich auch eine Festschreibung, dass man in Abwägungsentscheidung für eine Verstetigung des Autoverkehrs als dem wirksamen Teil, der dann auch sehr maßgeblich CO₂ reduziert – – Da bin ich auch sehr dankbar, dass die Senatorin jetzt im Zusammenhang mit der ganzen Dieselproblematik, Thema Fahrverbote, schon in der Richtung agiert. Das Thema Verkehrsmanagement ist in diesem Zusammenhang auch noch mal deutlich zu nennen. Das waren nur ein paar Beispiele.

Wichtig wäre mir auch, dass man festschreibt, dass es Regelungen geben muss, insbesondere für die Bewohner der Innenstadt, dass das Thema Parken geregelt wird. Parken im öffentlichen Straßenland, wie auch immer, Anwohnerparken ist für mich ein wichtiger Punkt. Es ist auch wichtig, das, was sich dann u. U. unter dem Thema Restriktionen und Verschlechterungen abspielt, deutlich beim Namen zu nennen. Insofern ist für mich so ein Gesetz auch – und damit schließe ich mit dem, womit ich angefangen habe – Transparenz, offen darlegen, was man will, aber was man vielleicht auch nicht will, damit wir hier eine offene Diskussionsbasis haben, bevor es zum Beschluss eines solchen Mobilitätsgesetzes kommt.

Ich fange jetzt aber am Anfang an. Von Herrn Buchholz und Herrn Hausmann kam die Frage, wo ich die Schwerpunkte sehe. Ich hatte vorhin in meinem Eingangsstatement gesagt, wir müssen erst mal die Maßnahmen 2017 bis 2021 betrachten. Es muss vieles auf den Weg gebracht werden, und wir alle, die sich mit Mobilität beschäftigen, sind uns einig: Viele Dinge sind an Infrastrukturentwicklung gebunden und verlangen einen wahnsinnigen Vorlauf. Das Wichtigste für mich ist eine intensive Entwicklung leistungsfähiger ÖPNV-Angebote, einmal hinsichtlich der Kapazitäten, die entwickelt werden müssen. Die vorhandenen Netze sind kaum noch entwicklungsfähig. Das gilt insbesondere für die Schnellbahnnetze, S-Bahn, Regionalbahn, Regionalexpress.

Ich hatte deutlich auf die Bedeutung der Entwicklung im Umland von Berlin hingewiesen. Das geht nur in engster Zusammenarbeit und auch in gemeinsamer Finanzierung – das ist ein Punkt, der, glaube ich, bisher viel zu wenig betrachtet wurde – von Berlin und Brandenburg. Selbiges gilt auch für die Entwicklung der Infrastruktur. Hier muss auch im Sinne der Intermodalität Vorsorge getroffen werden für die steigenden Pendlerströme, die mitunter nicht alle über ÖPNV abzuwickeln sind, ggf. das Thema Intermodalität, Park-and-Ride. Ich weiß, das

wollen viele immer nicht hören, aber es gibt auch Möglichkeiten, Parkgaragen oder Ähnliches im Umland im Vorfeld schon zu bauen. Es gibt auch positive Beispiele. Die Stadt Eberswalde z. B. bereitet sich da vor, um auf die Art und Weise ihren Bevölkerungszuwachs halbwegs abzufedern.

Es kam noch die Frage: Emissionsfreier oder reduzierter Verkehr? Ich glaube, dass das ein ganz wichtiger Punkt ist – auch den möchte ich hier noch benennen –, der weit über den Bereich Stadtentwicklung und Verkehr hinausgeht, auch der soziologische Aspekt, das Thema Entwicklung der Arbeitswelt. Mobilität vermeiden ist ein Thema, das sich insbesondere auch auf den Berufsverkehr, die Berufstätigkeit auswirken sollte. Auch beim Lieferverkehr müsste es Regularien bzw. Überlegungen geben, wie man technologisch einiges verändern kann, insbesondere das Thema Onlinehandel. In den Gremien in der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz diskutieren wir ja auch solche Dinge sehr ausführlich.

Mir ist wichtig, dass wir alle Verkehrsträger in Einheit und im Zusammenhang, im Ganzen betrachten. Deshalb – die Frage kam von Herrn Kössler von den Grünen – geht es nicht nur um den Autoverkehr allein, sondern um die Einbettung aller Verkehrsträger. Aber das wird im Moment auch hinreichend in den Gremien diskutiert, und da würde ich auf Ihren verkehrspolitischen Sprecher verweisen, der da mit dabei ist.

Vorsitzender Oliver Friederici: Ich muss auch hier wieder auf die Zeit schauen.

Jörg Becker (ADAC): Ein allerletzter Satz, und dann bin ich auch schon durch. – Wichtig ist noch das Thema ÖPNV, Attraktivität der Tarifgestaltung. Zum wiederholten Male: Ich weiß, dass es da sehr viele Widerstände gibt, aber man muss das den Bürgerinnen und Bürgern in der Innenstadt erklären und auch denen, die sich als Touristen, Besucher in der Innenstadt aufhalten, es ist kaum einzusehen, dass ich beispielsweise für eine U-Bahnfahrt vom Alexanderplatz bis zum Potsdamer Platz ein Ticket AB brauche. Da reicht dann nämlich auch schon keine Kurzstrecke mehr aus. Ich bin nach wie vor der Meinung, um Innenstadtautoverkehr zu reduzieren, wäre ein wirksames Angebot im Sinne eines Einzeltickets Tarif A absolut sinnvoll. Das Thema Tarifentwicklung im öffentlichen Nahverkehr ist ja meines Wissens auch im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Aber hier sehe ich einen sehr wesentlichen Schwerpunkt, wirksam und attraktiv auf den ÖPNV als Alternativangebot zu setzen. – Danke! Ich würde mich dann auch schon aus den Ihnen bekannten Gründen verabschieden. Ich bedanke mich noch mal recht herzlich.

Vorsitzender Oliver Friederici: Wir danken Ihnen, und Sie sind mit sehr großem Dank entlassen. Herzlichen Dank! – [Beifall] – Herr Prof. Hirschl, Sie haben jetzt auch fünf Minuten. Bitte sehr!

Prof. Dr. Bernd Hirschl (IÖW): Ich starte mal mit der Frage, die sich darum drehte, was denn wohl in dem Senatsdokument jetzt anders ist, ob etwas fehlt im Vergleich zu dem Entwurf, der sozusagen noch an der Wand hängt. Die Antwort darauf hat unterschiedliche Dimensionen. Die aus meiner Sicht erfreuliche erste Dimension ist, dass von der Anzahl, vom Umfang der Maßnahmen her eine ganze Menge da drin ist. Das liegt einfach daran, dass die betroffenen Senatsverwaltungen alle beteiligt waren. Wir haben hier ja nicht eine Studie erstellt, die wir dann in Summe, wenn wir die Machbarkeitsstudie dazunehmen, nach vier Jah-

ren Arbeit abgegeben haben, und die Senatsverwaltung hat dann geguckt, was sie damit macht, sondern die Senatsverwaltungen waren ja alle beteiligt.

Es war allen Beteiligten klar – da komme ich schon zu dem zweiten Punkt –, dass wir von diesen Maßnahmenpaketen in allen Handlungsfeldern die Maßnahmen brauchen werden. Das heißt, eine Priorisierung, wie sie hier angesprochen wurde, in der Form konnte und wollte die Senatsverwaltung nicht vornehmen, denn das BEK an sich in seiner Breite über alle Handlungsfelder hinweg stellt schon eine Priorisierung von Maßnahmen dar. Wer sich mit den Zahlen und den Notwendigkeiten befasst, mit der Vielfalt der Maßnahmen, die nötig sind, um die Ziele zu erreichen, der weiß, dass wir keine Handlungsfelder ausnehmen können und nur mit Maßnahmen im öffentlichen Gebäudebereich die Ziele gar nicht erreichen werden. Das war auch den beteiligten Stakeholdern klar, das heißt, die Türen, die Sie hier teilweise zumachen wollen, dass man aus dem BEK doch die Maßnahmen, die die Wirtschaft oder auch die Bürger betreffen, herausnehmen soll, die haben die betroffenen Gruppen schon längst durchschritten. Die waren ja mit dabei und haben selber Maßnahmen dort vorgestellt, mitabgestimmt, mit uns diskutiert, und viele von den Interessenverbänden, die diese zivilgesellschaftlichen Gruppen vertreten, waren involviert und stehen auch dahinter. Insofern ist eine Priorisierung, wie Sie sie hier vorschlagen, überhaupt nicht zielführend, war auch nie in der Debatte, und insofern muss das in der Breite auch bestehen bleiben.

Jetzt gibt es eine wichtige quantitative Abweichung: Wir haben in der Studie jährliche Kosten – und das ist ein Mehrkostenansatz gewesen – von 120 Millionen Euro. Sie haben jetzt vor, 22 Millionen Euro pro Jahr auszugeben. Es gibt ein paar Erklärungen, die ich nachvollziehen kann, warum die Summen so viel geringer sind, nämlich weil es z. B. Fördertatbestände gibt, die man nutzen kann. Wir haben BENE Klima, es gibt Personalbestand, den man nutzen kann. Wir haben Personalkosten ausgewiesen, weil wir davon ausgegangen sind, das ist Zusatzaufwand. Man kann natürlich auch mit Aufgabenumdefinierung vorhandenes Personal nutzen. Es gibt noch eine weitere Möglichkeit, dass Kosten irgendwo andershin verlagert werden, die Maßnahmen aber hoffentlich trotzdem umgesetzt werden. Das liegt daran, dass wir im BEK bewusst viele Zielkonflikte mitadressiert haben. Das heißt, wir haben da Maßnahmen, die eigentlich andere Zuständigkeitsbereiche und Ressorts betreffen, z. B. die soziale Abfederung. Energiepolitik sollte und kann niemals Sozialpolitik ersetzen. Uns ist aber klar gewesen, wenn wir solche Maßnahmen der sozialen Abfederung da nicht mit hineinnehmen, dann werden wir Schwierigkeiten haben, die Ziele zu erreichen. Insofern finden Sie da eine ganze Reihe von Maßnahmen, die diese Zielkonflikte explizit adressieren, und es kann sein, dass hier die entsprechenden Kosten woanders sind. Genau kann ich das nicht aufschlüsseln, warum es so viel weniger ist, hoffe aber, dass damit trotzdem die notwendige Umsetzungstiefe erreicht wird.

Ich habe das Thema Zielkonflikte angesprochen. Das führt zu dem Punkt der Warmmietenneutralität, den wir auch ganz intensiv diskutiert haben. Dieses Problem werden wir in Berlin allein nicht lösen können. Das Problem, das wir hier vor uns haben, ist, dass die fossilen Preise zu niedrig sind und die CO₂-Bepreisung zu niedrig ist. Das wird ja glücklicherweise aktuell auf Bundesebene wieder ein bisschen hoffähiger, und wir können hoffen, dass sich da was tut, aber das heißt, wir werden diese Warmmietenneutralität nicht für alle gesellschaftlichen Gruppen hinbekommen. Das ist illusionär, und das wird auch der Aufgabe nicht gerecht. Was wir schaffen müssen – und das haben wir im BEK zu verankern versucht –, ist, dass wir das für einkommensschwache Gruppen hinbekommen. Insofern ist hierzu eine Reihe von Maß-

nahmen enthalten, und die werden natürlich weiter diskutiert und angepasst werden müssen, weil sich hier ja auch die Rahmenbedingungen ständig ändern.

Erneuerbarepotenziale sind angesprochen worden. Was wir in diesen Jahren der Befassung gelernt haben – und das ist etwas, was sich auch in vielen anderen Städten immer mehr durchsetzt –, ist die Erkenntnis, dass wir in der Stadt erhebliche Erneuerbarepotenziale haben. Das ist ein Unterschied zu dem, wie das früher diskutiert wurde. Da hat man immer nur von Umlandversorgung gesprochen. Wir wissen, dass entlang der breiten Palette der Erneuerbaren von Solar über Geothermie, auch Biomasse – wobei wir immer konservativ waren, wir haben z. B. bei der Biomasse nie gesagt, wir importieren uns von sonst woher die Biomasse, sondern wir sind nur mit den heimischen Potenzialen da reingegangen – durchaus noch Potenzial besteht, die Zahlen nach oben zu schrauben. Wir erreichen damit 60 Prozent, das ist der Bundesdurchschnitt, der im Moment noch gilt, den auch die Bundesregierung über die gesamte Republik vorgesehen hat. Also das sind erhebliche Anteile, und ich glaube, dass wir hier noch recht konservativ waren.

Vorsitzender Oliver Friederici: Sie müssten jetzt zum Schluss kommen.

Prof. Dr. Bernd Hirschl (IÖW): Zum Schluss: Den Punkt Beteiligung und Umsetzung will ich hier gerne mal zusammenfassen. Ich fand es sehr schön, dass Sie das angesprochen haben. Der Beteiligungsprozess war enorm wichtig, und ich möchte darauf hinweisen: Wir haben nicht Informationsveranstaltungen, sondern Workshops, Arbeitseinheiten in allen Handlungsfeldern durchgeführt, und ich glaube, dass man das für die Zukunft, wenn man Erfolg haben will, weiterführen muss. Ich glaube, man muss sogar noch eine Ebene tiefer gehen, nicht nur in den Handlungsfeldern, denn die sind zu heterogen, wir müssen themenspezifische Beteiligungen machen. Das heißt, wenn wir in die Solaroffensive wollen, dann müssen wir die Solarakteure mitnehmen. Die waren jetzt im Handlungsfeld Energiewirtschaft sozusagen integriert. Wir müssen spezifischer werden und die einzelnen Akteure einbeziehen, und das betrifft auch die Senatsverwaltungen. Ein Vorteil ist, dass viele Senatsverwaltungen mitgenommen werden müssen, das heißt, hier kann man parallel agieren, aber sie müssen auch mit einsteigen. Das ist keine alleinige Aufgabe von SenUVK, sondern eine, wo mehrere Senatsverwaltungen mit müssen, und dann ist natürlich klar, dass in den Senatsverwaltungen Personalengpässe da sind. Das heißt, hier muss man seriell, kaskadisch – wie auch immer Sie das nennen – die Themen hintereinander legen, sodass wir in dieser Legislatur dieses BEK abgearbeitet kriegen und dabei so viel und themenspezifisch wie möglich Beteiligung gewährleisten. Dann werden wir die Kurve runterkriegen.

Und das ist der letzte Punkt: Erreichen wir damit die Ziele 2020? – Ich glaube, wir haben zwei wertvolle Jahre verloren. Deswegen werden wir es sehr wahrscheinlich schwer haben, die Ziele zu erreichen. Wenn wir es jetzt anpacken und sich die Kurve nach unten dreht, dann wäre ich sehr zufrieden.

Vorsitzender Oliver Friederici: Vielen Dank, Herr Prof. Hirschl! – Ich möchte mich bei allen ganz herzlich bedanken, die hier heute Rede und Antwort gestanden haben. Ihnen fünf, die jetzt noch da sind, ganz herzlichen Dank für Ihr Kommen! – [Allgemeiner Beifall] – Wenn wir Sie wieder einladen und Sie wiederkommen, sind wir Ihnen wieder dankbar. – Damit ist dieser Tagesordnungspunkt wie auch der FDP-Besprechungspunkt, so wäre mein Vorschlag, vertagt auf die nächste Sitzung. Dazu komme ich gleich noch in der Sprecherrunde.

Punkt 3 der Tagesordnung

- | | | |
|----|---|--|
| a) | Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/0291
Konzept zur Stromgewinnung aus Abwasserwärme erstellen | 0046
UmVerk
StadtWohn
WiEnBe(f) |
| b) | Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/0292
Strom speichern im urbanen Raum –
Speichertechnologien Made in Berlin | 0047
UmVerk
StadtWohn
WiEnBe(f) |

Vertagt.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.